

BLICKPUNKT

JOURNALISMUS IN HESSEN

Neuer FFH-Chef macht Ansagen



Landesverbandstag:
**Liebäugeln mit
Medienverband**

Attentat in Hanau:
**Bestandsaufnahme
nach halbem Jahr**

Lübcke-Prozess:
**Herausforderung für
hr-Gerichtsreporterin**

Blaulichtreporter:
**Exklusivität
statt Objektivität**

BLICKPUNKT

Organ des Landesverbandes Hessen (Rheinbahnstraße 3, 65185 Wiesbaden) und des Deutschen Journalisten-Verbandes e. V., Gewerkschaft der Journalisten.

31. Jahrgang, Oktober 2020

Herausgeber:

Deutscher Journalisten-Verband
Landesverband Hessen e. V.

V. i. S. d. P.:

Knud Zilian

Redaktion:

Dr. Christine Dressler (dre),
Jens Brehl (bre),
Andreas Lang (ala),

Koordination:

Andreas Lang

Schlussredaktion:

Andreas Lang, Maik Schulz

Titelbild:

Andreas Lang

Anzeigen:

Axel Häsler

Anschrift der Redaktion:

Rheinbahnstraße 3
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-3 419124
Telefax: 0611-3 419130
E-Mail: info@djhessen.de
Homepage: www.djhessen.de

Erscheinungsweise:

viermal jährlich

Für Mitglieder im DJV Hessen ist der Heftpreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN 1861-9517

Gestaltung und Herstellung:

MSB VVW GmbH & Co. KG, Gotha

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des DJV-Vorstandes gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Achtung:

Texte für die nächste „Blickpunkt“-Ausgabe müssen an maxala@online.de eingereicht werden.

Aus dem Inhalt

Editorial:

Der wahre Wert der öffentlich-rechtlichen Sender 3

Landesverbandstag:

Zilian wirbt für Öffnung hin zu Medienverband 4

Polizeireportern Zugang zu Unfallort erleichtern 5

Attentat in Hanau:

Wie weit die Aufarbeitung nach einem halben Jahr gekommen ist 7

Lübcke-Prozess:

hr-Gerichtsreporterin Borufka ergattert Platz im Gerichtssaal..... 8

Radio FFH:

Neuer Geschäftsführer bilanziert erstes Jahr..... 10

hr-Studio Kassel:

Christof Dörr neuer Personalratsvorsitzender 12

Umgang mit Populisten:

Mit der nötigen Gelassenheit und Geradlinigkeit 13

Unabhängige Berichterstattung:

Wie viel Einfluss von außen tatsächlich genommen wird 15

Folgen der Corona-Pandemie:

Freie Carmen Erlenbach entdeckt zweites Standbein wieder 16

Bundesfachausschuss Zeitschriften:

Rolf Skrypzak neuer Vorsitzender 17

Folgen der Corona-Pandemie:

Freie profitieren von Arbeitsstipendien der Landesregierung 18

Folgen der Corona-Pandemie:

Tarifverhandlungen im Zeichen der Krise 19

Ortsverband Gießen:

Erfahrungsaustausch in vier Lokalredaktionen 21

Weiterbildungsprogramm:

Kurzreferate statt Trainingsseminare..... 22

Kolumne:

Inspiration aus der Krise 23

Kulturberichterstattung:

Behutsame Programmreform in hr2 24

Unfallberichterstattung:

Erschwerte Zugangsbedingungen für professionelle Fotografen 25

Urheberschutz:

Wer Attila Hildmanns krude Thesen zuerst aufgedeckt hat 27

Crowdfunding:

Mühsamer Weg zur Projektfinanzierung 28

Ortsverband Darmstadt:

Bettina Pfeffermann als Vorsitzende wiedergewählt30



Foto: Andreas Lang

Die Folgen der Funkstille

Stell Dir vor: 19 Uhr, man schaltet auf ZDF für die Heute-Sendung...nichts passiert. 20 Uhr, ARD, schwarzer Bildschirm, keine Tagesschau. Drittes Programm...dunkler Bildschirm. 3-Sat, nichts! Arte, nichts. hr3: Stille, hr2 Kultur: Stille. hr4 auch nichts.

Also, man stelle sich vor, es gibt keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gibt es doch gar nicht! Nicht real, zum Glück. Wenn man aber Politikern aus der AfD oder Teilen der FDP folgen würde, dann wären die öffentlich-rechtlichen Programme schwer eingeschränkt bis nicht mehr vorhanden.

Sollte das wirklich sein? In einer Zeit, in der Fake-News, Lügenpresse, Desinformation (man merkt es vor allem am Thema Corona, was da alles auf dem Markt ist) leider immer mehr Raum greift, ist es der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der bei den meisten in unserer Gesellschaft neben den großen Tageszeitungen wieder hoch im Kurs steht. Hier bekommt man Orientierung und sauber recherchierte Berichte, Meldungen und einschätzende Kommentare. Zum Preis von 17,50 Euro. Und eine

Erhöhung steht auch nach den umfangreichen Erhebungen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs an. Eine äußerst kritische Institution, nach dem Geschmack der ARD/ZDF-Intendanten oft zu kritische.

Wenn man mit Nachbarn oder auch Fremden in eine Diskussion gerät, ob das angemessen ist, dann wird es oft schwierig.



Knud Zilian, Landesvorsitzender
DJV Hessen
(Foto: Wolfgang Kühner)

Das Angebot ist nicht gut! Was fehlt? Zu viele Krimis, nicht die richtigen Krimis, wieso müssen die überhaupt Krimis bringen, sollen sich doch auf Nachrichten beschränken... und eigentlich kostet es viel zu viel. Gefragt nach den Kosten

für Sky oder Unity-media kommen ganz andere Summen zustande. Bis zu 50 Euro.

Aber das zahlt man ja freiwillig, der Beitrag für ARD und ZDF ist ja ein Zwangsbeitrag. Und überhaupt: Die letzte Erhöhung war doch erst! Wirklich? Die letzte Erhöhung war im Jahre 2009. Auf 17,89 Euro. Dann kam eine Senkung auf 17,50

Euro. In der Zwischenzeit wurde alles teurer, Abwassergebühren, Müllgebühren, Gebühren für einen Personalausweis. Auch diese zahlt man nicht gerne, aber man muss sie bezahlen.

Jetzt soll der Rundfunkbeitrag auf 18,36 Euro angehoben werden. Riesen Diskussionen entstehen. Auch bei denen, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk positiv gegenüber stehen, gibt es Vertreter und Vertreterinnen, welche der Überzeugung sind: Das ist zu teuer.

Und dann gibt es diejenigen, die den Rundfunkanstalten Misswirtschaft vorwerfen. Ja, das kann man, nicht immer haben die Anstalten sparsam gewirtschaftet. Nach meinem Eindruck tun sie es nun aber schon seit Jahren. Und es gibt in jeder Anstalt einen Verwaltungsrat, der die Finanzen kontrolliert.

Was ist uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk wert? Was wenn es ihn nicht mehr geben würde. Oder nur noch als Nachrichtenkanal in Hörfunk und Fernsehen? Hätte das immer noch einen so großen Zustrom an Hörern und Zuschauern oder würden die Anstalten ein „Nischendasein“ führen? Zur Zeit sind ARD und ZDF die meist geschauten Programme. Auch die Hörfunkwellen haben gute Quoten.

Journalistische Qualität, und davon gibt es reichlich bei den öffentlich-rechtlichen, hat Ihren Preis!

Ein kleiner Denkanstoß von

Knud Zilian

Deutscher Radiopreis für Planet Radio

„Eyyy Puupppeee!“: Wenn sich diese gedehnte Anrede durch den Äther zieht, horcht die Fangemeinde auf. In Planet Radio läuft dann eine neue Folge der Comedy-Reihe „Frag Parshi“. Für dieses Unterhaltungsformat ist Moderatorin Parshad Esmaeili Mitte September mit einem der Deutschen Radiopreise ausgezeichnet worden. Überreicht hat die gläserne Trophäe Tatort-Kommissarin Ulrike Folkerts bei der von Barbara Schöneberger moderierten elften Gala in Hamburg.

„Parshad Esmaeili kreierte und verantwortet mit ‚Frag Parshi‘ eine brillante Radio-Comedy am Puls der Zeit“, begründete die Grimme-Jury ihre Wahl. Dafür nehme sie sich typischer Fragen aus dem Alltag ihrer jungen Hörerinnen und Hörer

an und gehe diesen mit sprachlicher Spielfreude, rasantem Schnitt, einem selbstbewussten weiblichen Blick und Selbstironie auf den Grund. Dieser freche „Lifestyle-Ratgeber“ aus der Feder der Preisträgerin bewege sich auf Augenhöhe mit dem Publikum und besteche durch Wortwitz, Situationskomik und Authentizität.

Esmaeili freute sich in ihren Dankesworten überschwänglich über ihren ersten offiziellen Preis. „Ich habe mit 14 zum ersten Mal Planet Radio gehört und danach davon geträumt dort anzufangen.“ Der Anfang sei nun gemacht bei dem Sender der zur FFH-Gruppe gehört (siehe auch Gespräch mit dem neuen Geschäftsführer Marco Maier auf Seite 10).

ala

Spreizen statt spezialisieren

Vorsitzender Knud Zilian plädiert auf Landesverbandstag für breiter aufgestellten Medienverband – Schnuppermitgliedschaft für Studierende



Omnipräsent: Landesvorsitzender Knud Zilian neben Geschäftsführerin Imke Sawitzky und vor dem Präsidium.

Foto: Wolfgang Kühner

Auf dem Verbandstag des DJV-Landesverbands Mitte September in Frankfurt hat Landesvorsitzender Knud Zilian eindringlich dafür geworben, die Kompetenzen und Relevanz der führenden Repräsentanz der Journalistinnen und Journalisten in Hessen nicht unterzubewerten. Er plädierte dafür, sich als Journalisten- und Medienverband breiter aufzustellen – um dem Wandel und der Ausdifferenzierung des Berufsbildes gerecht zu werden, aber auch um sich in der gesellschaftlichen Debatte gegenüber konkurrierenden Organisationen zu profilieren. Um Erschwernisse und Blockaden der Arbeit zu beseitigen, die gerade Bildjournalisten nicht erst seit corona-bedingten Auflagen in ihrem Auftrag empfindlich einschränken, verabschiedeten die rund 50 Delegierten mehrere Anträge.

Auf die Einhaltung dieser Corona-Schutzmaßnahmen ist bei der Ausrichtung dieser Präsenzveranstaltung peinlich genau geachtet worden. So stülpte auch Vorsitzender Zilian ordnungsgemäß eine Hülle über das Mikrofon, ehe er das Geschäftsjahr bilanzierte. Ausführlich und nachdrücklich arbeitete er den Stellenwert und die Begleitfunktion des Verbands heraus, die sich für freie wie für festangestellte Journalistinnen und Journalisten nicht erst in der Pandemie gezeigt und bewährt. So seien so viele Rechts-

streitigkeiten zu begleiten gewesen wie lange nicht mehr.

In Häusern wie dem Hessischen Rundfunk, wo Zilian Gesamtbetriebsratsvorsitzender ist, zeige sich aber auch, dass und wo der DJV als Spartengewerkschaft an seine Grenzen stoße. Dabei habe der bedeutende Konkurrent ver.di noch gar nicht von seiner Möglichkeit Gebrauch gemacht, über das Tarifeinheitsgesetz die Regie für Tarifverhandlungen an sich zu ziehen. Diese Organisation, aber auch die VRFF (eine Untergliederung des Beamtenbundes) spreche ein breiteres Mitgliederpotenzial an, indem diese sich für Medienschaffende und -produzierende öffneten allgemein und sich nicht auf schreibende oder sendende Journalisten allein fokussierten.

Überlegungen, sich weiteren Berufsgruppen zu öffnen, müsse sich auch der DJV (neu) stellen, forderte Zilian: „Wie vertreten wir künftig journalistische Interessen?“, eröffnete er eine Zukunftsdebatte. „Müssen wir nicht auch wieder die Diskussion um eine Medien- und Journalistengewerkschaft sowie einen Verband führen?“ Er hat dabei beispiels-

weise Datenjournalisten in Konzernen im Blick, aber auch viele hybride Funktionalitäten auf digitalen Plattformen. „Wir werden von großen Konzernen überrannt, die Masse und Kasse machen wollen. Journalistische Inhalte sind da Nebensache“, warnte der DJV-Chef. „Wenn wir uns hier nicht auch als Mediengewerkschaft platzieren, werden wir abgehängt, werden wir nicht wahrgenommen, sind wir Sparte.“

Ein Köder, mit dem sich konkurrierende Gewerkschaften attraktiv machen, seien niedrige oder reduzierte Beiträge für eine Mitgliedschaft. Dem will der

DJV Hessen versuchsweise eine Schnuppermitgliedschaft für Studierende für 9,90 Euro im Jahr entgegenhalten. Durch die Beitragsstaffel kann er jetzt bereits flexibel auf nachweisliche finanzielle Engpässe reagieren und die Beitragshöhe gegebenenfalls anpassen. Nun soll mit einem niedrigschwelligen Angebot der Versuch unternommen werden, journalistischen Nachwuchs von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen. Andere Landesverbände haben unterschiedliche erste Erfahrungen mit solchen Rabatten ge-



Sicherheitsbeauftragter: Beisitzer Axel Häbler isoliert das Mikrofon.

Foto: ala

macht, berichtete Schatzmeisterin Gabriela Blumschein. Hessen gehe mit diesem befristeten Angebot einen vertretbaren Mittelweg.

Bei aller Skepsis gegenüber den Effekten auf die Mitgliederentwicklung will auch der Landesvorsitzende die Chance nicht verstreichen lassen, damit dem allgemeinen Mitgliederschwund entgegenzuwirken. Mit der Corona-Pandemie und resultierenden Konsequenzen, wie Kurzarbeit oder der Aufgabe des Berufs unter Freien, hat dieser sich verstärkt. Zur Überbrückung macht der Landesverband auf Nachweis nicht nur finanzielle Zugeständnisse. Er assistiert auch mit praktischer Beratung und Hinweisen, etwa dem stark nachgefragten Corona-Update auf der Homepage. „Dies wird weiter gepflegt“, sicherte Zilian zu. „Das müssen wir nutzen, zusammen mit all den anderen Vorzügen und Service-Leistungen, die unser Verband für seine Mitglieder anbietet.“

Seit Verhängung des Lockdowns habe auch der DJV Hessen die Systemrelevanz des Journalismus' verdeutlicht. Nach zähem

Ringen sei es beispielsweise gelungen, das hessische Sozialministeriums davon zu überzeugen, auch Kinder von Journalistinnen und Journalisten in die Notbetreuung aufzunehmen. Andere Hilfen sind nicht so schnell angekommen wie erwartet und erhofft, räumte Zilian ein. So seien etwa Programme für Selbstständige an zu hohe bürokratische Hürden gebunden gewesen, als dass sie berufliche Existenzen zügig hätten retten können.

A propos Finanzen: Dem Landesvorstand, der für sein vielfältiges Engagement einstimmig entlastet wurde, hat – entgegen des diagnostizierten Bedarfs – darauf verzichtet, eine fällige Beitragserhöhung vorzuschlagen. Auch wenn dieser Schritt nur aufgeschoben ist, wie Zilian gleich hinterherschickte. Noch stehe der Verband gut da. Das wird auch aus dem schriftlichen Geschäftsbericht ersichtlich, den Geschäftsfüh-

rin Imke Sawitzky und ihr Team Brigitte Schwiertz, Christine Voll und Janine Utting mit Zuarbeit aus den Gremien und den Ortsverbänden erstellt haben. Auf 42 Seiten ist auf den Punkt gebracht, was und wie viel in Hessen alles gelaufen ist.



Für jeden Spaß zu haben: Verbandstagspräsident Norbert Dörholt. Foto: ala

Es war wieder eine ganze Menge, womit der Verband sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht.

Andreas Lang

Anträge und Aussprache: Solidarität mit inhaftierten Journalisten in der Türkei – Protest gegen Tendenz zur Aussperrung von Bildjournalisten

Die Satzung des Landesverbands wird per Delegiertenbeschluss in zwei Passagen angepasst. Zum einen ist die Summe der einmaligen Beihilfen und Darlehen erhöht worden, die der Verband Mitgliedern in einer prekären finanziellen Lage gewährt. Zum Anderen muss beim Aufnahmeverfahren für neue Mitglieder höheren Auflagen aus dem Da-

tenschutz Rechnung getragen werden. Was die Datenschutz-Grundverordnung in der Theorie vorgibt, ist in der praktischen Verbandsarbeit gar nicht so praktikabel umzusetzen, wie die leidenschaftliche Debatte zu diesem Antrag zeigte. Am sparsamsten könnte mit den Daten umgegangen werden, wenn der Landesvorstand über die Aufnahme

nicht mit. Weder könnten sie in kritischen Fällen im Vorfeld ihren Sachverstand einbringen, noch wüssten sie nach einer Aufnahme von der Existenz eines neuen Mitglieds, das sie eventuell in die Verbandsarbeit einbringen.

Gegen diese Einschränkung des innerverbandlichen Föderalismus' regte sich empfindlicher Widerstand. Der salomonische Kompromissvorschlag des Landesvorstands, in dessen Intention es nicht lag, die Deutungshoheit exklusiv an sich zu binden: Die Vorsitzenden werden im Umfeld des Prozederes angemessen und ausreichend informiert, um sich gegebenenfalls ins Aufnahmeverfahren und dessen Folgen einbringen zu können.

Dem Fachausschuss Europa stärkten die Delegierten den Rücken in dessen Bemühen, auch auf Bundesebene wieder einen solchen Ausschuss zu installieren. Im Zuge der letzten Strukturreform und Verschlinkungsstrategie ist dieser zu einer reinen Kommission mit weniger Vernetzung in den Landesverbänden und



Dokumente eines arbeitsintensiven Jahrs: der Kassenbericht und der Geschäftsbericht. Foto: ala

weniger Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene, etwa über ein Antragsrecht, geschrumpft. „Angesichts der medienpolitischen Entwicklungen und Einschränkungen auf dem Kontinent müssen wir uns auf europäischer Ebene wieder besser aufstellen“, pflichtete Landesvorsitzender Knud Zilian bei.

Der Antrag des Ortsverbands Darmstadt, die Bedeutung des Presseausweises als Legitimation für die ungehinderte Berichterstattung von Unfallorten zu unterstreichen, wurde mangels praktischer Wirkung und zunehmender Konkurrenz erneut gestellt. Dem hessischen Innenministerium soll nun einmal mehr verdeutlicht werden, dass Polizeireportern und -fotografen der unmittelbare Zugang zum Unfallgeschehen nicht verwehrt werden dürfe. Sie würden immer wieder von Polizeibeamten und Feuerwehrleuten ausgebootet, die publizierbares Material in einem Pool bereitstellten (siehe auch Artikel in dieser Blickpunkt-Ausgabe). Dass sie dazu im Rahmen behördlicher Öffentlichkeitsarbeit möglicherweise rechtlich befugt sind (was mittlerweile auch durch richterliche Urteile bekräftigt worden ist), wollen Vertreter des Berufsstandes nicht klaglos hinnehmen. „Eine solche exklusive Vorgehensweise kommt einer weiteren Einschränkung der Pressefreiheit gleich, zumal Aktive im Dienst in eigener Sache nicht so ausgewogen berichten können wie ein unabhängiger Beobachter mit seiner Wächterfunktion“, gab Landesvorstandsmitglied Ina Knobloch zu bedenken.

Wegen weiteren internen Diskussions- und Klärungsbedarfs zurückgezogen wurde ein Antrag des Landesvorstand, den er als Auftrag aus dem vorherigen Verbandstag angenommen hatte. Er sollte einen Vorschlag unterbreiten, wie sichergestellt werden kann, dass kleinere Ortsverbände bei der Wahl der Delegierten des

Landesverbands zum Bundesverbandstag proportional angemessen berücksichtigt werden könnten. Die Austarierung gestaltet sich als so diffizil, dass an der Formel weiter gearbeitet werden muss. Seine Mitarbeit daran hat auch der (kleine) Ortsverband Gießen angeboten, der seinen Antrag ebenfalls spontan zurückgestellt hat.

In zwei Resolutionen verlangten die Delegierten des Verbandstags, dass insbesondere Fotojournalisten wieder unkomplizierter Zugang zu Live-Sendungen in Fernsehsendern gewährt wird. Diese Präsenz am Set wird mit Verweis auf corona-bedingte Quoten-Beschränkungen und Auflagen stark eingeschränkt oder komplett verwehrt. Zur Berichterstattung wird Poolmaterial von sender-eigenem Personal angeboten, was die prekäre Auftragslage für freiberufliche Bildjournalisten weiter limitiere, monierte Fachgruppen-Sprecher Karsten Socher.

Auf Antrag des Ortsverbands Wiesbaden fordert der Landesverband Parteien und relevante gesellschaftliche Gruppierungen dazu auf, sich mit Blick auf zunehmende verbale wie physische Attacken auf Berichterstatter für den „Schutz der Pressefreiheit, auch im elementaren Sinne der körperlichen Unversehrtheit, einzusetzen“.

Die Wiesbadener Ortsverbandsvorsitzende Sylvia Kuck warb überdies für die Beteiligung an einer Solidarisierungsaktion mit inhaftierten Journalisten in der Türkei. Zu Beginn der Corona-Pandemie habe Präsident Erdogan mit Verweis auf Hygiene-Bestimmungen zwar Tausende politische Gefangene aus

angesichts der anhaltenden unwürdigen Haftbedingungen mit Briefpatenschaften Mut zugesprochen werden. „Welt“-Korrespondent Deniz Yücel, der wegen des Vorwurfs der angeblichen Verbreitung von Terrorpropaganda selbst fast ein Jahr lang in der Türkei in Untersuchungshaft gehalten worden war, hat gerade die Patenschaft für diese Luftpost-Brücke übernommen. Kontakte und Patenschaften vermittelt Kuck, die auch Beisitzerin im Landesvorstand ist.

Doppel-Funktionär ist auch Mika Beuster, der sowohl dem Landesvorstand wie dem Bundesvorstand als Beisitzer angehört. Für den Bund berichtete er über dessen vielfältigen Aktivitäten. Auch diese sind teilwei-



In enger Abstimmung: Schatzmeisterin Gabriela Blumschein und Landesvorsitzender Knud Zilian. Foto: Wolfgang Kühner



Basisdemokratisch: Delegierte bei der Abstimmung Foto: Wolfgang Kühner

se von Corona ausgebremst worden. So muss die Zukunftswerkstatt zur perspektivischen Weiterentwicklung des Verbands, in die bereits im Vorfeld hohe Erwartungen gelegt worden sind, auf kommendes Jahr verschoben werden. Der Bundesverbandstag im November wird als Hybrid-Veranstaltung geplant: Der Bundesvorstand will in Magdeburg zusammenkommen, die Delegierten sollen per Web-Konferenz zugeschaltet werden.

„Wir wollen auf Bundesebene der relevante Journalistenverband sein“, knüpfte Beuster an Zilians programmatische Ansagen an. Personell ist in der Bundesgeschäftsstelle ein Generationswechsel eingeleitet worden: Der langjährige Justitiar Benno Pöppelmann ist nach seinem Eintritt in den Ruhestand von Hanna Möllers abgelöst worden. Auf Kajo Döhring, für den Ende des Jahres die passive Phase der Alterszeit beginnt, folgt die Politologin Ella Wassink. **ala**

Trauer am Brüder-Grimm-Denkmal

Das rassistisch motivierte Attentat vor einem halben Jahr in Hanau hat offenbart, wie verwundbar diese „Multi-Kulti-Stadt“ ist

Mehr als ein halbes Jahr liegt der Tag zurück, der die Stadt Hanau in eine Reihe gestellt hat mit Anschlagorten wie Halle, Christchurch und Utoya. Bei dem rassistisch motivierten Attentat am 19. Februar erschoss der 43-jährige, von rechten Gewaltfantasien geleitete Tobias R. gegen 22 Uhr neun Menschen in zwei Bars in der Hanauer Innenstadt und der Weststadt, bevor er seine Mutter und sich selbst tötete. Alle Opfer waren jung und hatten einen Migrationshintergrund.

Die Aufarbeitung dieses kollektiven Traumas, der sich in Windeseile unzählige Helfer aus dem privaten wie politischen Bereich widmeten – unterstützt von der Politik auf Landes- und Bundesebene –, wurde durch die Coronakrise erschwert. Sie deckte bis heute, sieben Monate nach 19/2 – wie das Datum inzwischen in Anlehnung an den Anschlag auf die Twin Towers von New York genannt wird – einen lähmenden Schleier über die Wut, den Zorn und die Trauer. Allen Aktionen und Initiativen zum Trotz ist noch nicht wirklich klar, welche Chancen aus der Terrortat erwachsen könnten. Denn Hanau wurde durch den Anschlag aus seiner Selbstsicherheit und einer Routine gerissen, die erst mühsam wieder aufgebaut werden müssen. Die durch kommunalpolitische und städtebauliche Anstrengungen gespeiste Überzeugung, das Zusammenleben funktioniere in diesem Ort an der Schwelle zur Großstadt mit Bewohnern aus über 140 Nationalitäten besser, toleranter, offener und einvernehmlicher als vielen anderen Kommunen, erwies sich als trügerisch.

Denn die Terrortat hat gezeigt, wie verwundbar auch eine

„Multikulti-Stadt“ wie Hanau ist. Sie hat in den Wochen und Monaten nach dem 19. Februar offengelegt, dass es keine homogene Stadtgesellschaft in Hanau gibt. Bei manchen der nicht-offiziellen Gedenkfeiern und Beisetzungen schien es, als sei die muslimische Gesellschaft weitgehend unter sich – auch wenn die offiziellen Gedenkfeiern sehr würdevoll und unter großer Anteilnahme der gesamten Bevölkerung und der Politik stattfanden. Und während die Verwaltung sich intensiv bemühte, das Miteinander zu fördern, verstärkte die Rassismus-Debatte nach mehreren Fällen von tödlicher Polizeigewalt gegen Schwarze in den USA auch in Hanau bei vielen Menschen mit ausländischen Wurzeln die Frustration über Versäumnisse der Integrationspolitik und nach wie vor bestehende Benachteiligung von Migranten. Ausgerechnet in dieser Phase musste die Stadtspitze wegen akut gestiegener Ansteckungszahlen mit Covid-19 die geplante Trauerdemonstration ein halbes Jahr nach dem Anschlag kurzfristig absagen.

Während sich der Verein „19. Februar Hanau“ und die „Initiative für Toleranz und Zivilcourage“ gründeten, die die Opferfamilien durch Zuspruch und tatkräftige Hilfe unterstützten, während Räume der Begegnung bereitgestellt wurden und personell wie

finanziell eine intensive Betreuung der Opferfamilien stattfand, spiegelten die Leserbriefseiten der örtlichen Tagespresse einen Konflikt über die richtige Form des Gedenkens wider. Ist die vom Magistrat auf Vorschlag von Oberbürgermeister Claus Kaminsky beschlossene posthume Verleihung der Hanauer Ehrenplakette in Gold, gedacht für Bürger, die sich besonders für die Stadt eingesetzt haben, eine angemessene Form der Würdigung für Menschen, die bei einem rassistischen Anschlag ihr Leben verloren? Sollte das Denkmal der



Zentraler Ort der Erinnerung: das Brüder-Grimm-Denkmal in Hanau. Foto: Axel Hässler

Brüder Grimm, das sich an den Tagen nach dem Anschlag mit Bergen von Blumen und Hunderten Kerzen zu einem zentralen Ort der Erinnerung entwickelte, nicht langsam wieder ausschließlich auf die Sprachforscher und Märchensammler hinweisen und nicht weiter das kollektive Gedächtnis auf den schwärzesten Tag seit der Zerstörung Hanaus im Zweiten Weltkrieg (O-Ton OB Claus Kaminsky) lenken?

Es war der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Aloys Lenz, der ebenfalls in einem Leserbrief an die Tradition erinnerte, in der die beiden liberalen Denker Jacob und Wilhelm stehen. Er war es auch, der die Worte der Vorsitzenden des Hanauer Ausländerbeirats, Selma Yilmaz-Ilkhan, bekräftigte: Das Denkmal der Brüder-Grimm, die Kämpfer für

Toleranz und Freiheit gewesen sind, sei geradezu prädestiniert dafür, jetzt auch gegen das Vergessen zu stehen.

Inzwischen hat die Trauer am Brüder-Grimm-Denkmal zumindest äußerlich eine Form erhalten. Die Bilder der neun jungen Ermordeten sind in einer Reihe am Sockel befestigt, vor der am Rathaus befestigten Fahne mit der Botschaft „Kein Platz für Rassismus und Gewalt – Hanau steht zusammen für Respekt, Toleranz und Zivilcourage“ erinnern nur noch wenige Blumen und Kerzen an die Opfer. Der Oberbürgermeister hat gemeinsam mit den Opferfamilien und den Initiativen, die sich nach dem Anschlag aus der Gesellschaft heraus entwickelt haben, diese Form der Erinnerung gefunden. Sie soll so lange Bestand haben, bis in der Stadt eine zentrale Gedenkstätte geschaffen worden ist. Darum soll sich eine Kommission bemühen, in der neben Experten auch Angehörige der Opfer vertreten sind.

Bis diese aus eingereichten Entwürfen den geeigneten Vorschlag ausgesucht hat, bleibt die Erinnerung an die neun Opfer an vielen Stellen in Hanau präsent: An den neu geschaffenen Orten der Begegnung, an den Orten der Schreckenstat, die an den Tagen danach von Politikern aus Wiesbaden und Berlin und von Medienvertretern aus aller Welt umlagert waren, und am autonomen Kulturzentrum Metzgerstraße. Dort stehen auf einer schwarzen Wand die Namen: Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovic, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Paun und Fatih Saracoglu. **Jutta Degen-Peters**

Berufung in den Gerichtssaal

Gerichtsreporterin Heike Borufka berichtet für den Hessischen Rundfunk vom Prozess zum Mord an Walter Lübcke – Populärer Podcast

Die Sommerpause ist für Heike Borufka heuer ausgefallen. Die Gerichtsreporterin des Hessischen Rundfunks war vielmehr zunächst im Dauereinsatz für den Sender, um über den Prozessauftakt und den dicht getakteten weiteren Verlauf gegen den geständigen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zu berichten.

Dazwischen verfolgte sie das kurze, aber Aufsehen erregende Verfahren gegen den Mann, der im Juli 2019 im Frankfurter Hauptbahnhof einen achtjährigen Jungen und seine Mutter vor einen einfahrenden ICE gestoßen hatte; das Kind war dabei gestorben. Und dazwischen war sie bei den Kollegen verschiedener nationaler Medien als Gesprächspartnerin gefragt, entwickelte ihre Podcast-Serie für hr-INFO weiter, vernachlässigte den Gerichtsalltag nicht. Ein Sommerloch hat sich für Heike Borufka jedenfalls nicht aufgetan.

Im Gegenteil: Um einen – keineswegs gesetzten – Platz auf der ausgedünnten Presstribüne für die Berichterstattung vom Lübcke-Prozess zu ergattern, musste sie auch noch eine Nachtschicht einlegen. Denn wer sich nicht frühzeitig vorm Oberlandesgericht angestellt hatte, ging bei der Zuteilung eines der limitierten 20 Plätze leer aus. Und Borufka war nicht die einzige, die sich bereits am Vorabend in die Warteschlange einreichte. Zwischendurch im Wechsel mit Tochter

Nia, um zu Prozessbeginn nicht vor Müdigkeit unkonzentriert zu sein.

Im Gegensatz zu manchem Medienvertreter, der erst bei Morgengrauen auftauchte, ist ihre Strategie aufgegangen. Borufka kann live aus dem Gerichtssaal berichten, mittlerwei-

nehmungen extrem dynamisch. „Man muss über Stunden hochkonzentriert sein, will keine Nuancen verpassen.“ Dazu wollen und müssen die Prozessbeobachter auch die Familie im Blick behalten, die die Ehre des Ehemanns und Vaters bewahren. „Mit welcher Würde sie den Verlauf erträgt, ist schon eindrucklich“, zollt die Gerichtsreporterin Respekt. Für sie bleibt die Beobachtung des Verfahrens anstrengend, aber unerlässlich. Wegen des Informationsbedürfnisses und wegen der Dimension. Auch wenn Borufka von manchen langen Tagen nicht oder wenig berichtet, sitzt sie kontinuierlich auf der Tribüne. Um für ein ausgewogenes Gesamturteil auch die Nuancen und Zwischentöne zu erfassen und nicht nur die Sequenzen aufzunehmen, die es in die Hauptnachrichten schaffen.



Hat in so manche menschliche Abgründe geblickt: Gerichtsreporterin Heike Borufka. Foto: Tim Wegner

Härter als Gefängnis

le von rund 20 Verhandlungstagen. „Das ist nach dem Prozess wegen der Mordserie der NSU immerhin eines der bedeutsamsten Verfahren wegen einer politischen Straftat in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte“, unterstreicht sie im Gespräch mit dem Blickpunkt die Relevanz des Lübcke-Prozesses. Nicht erst seit dem neuerlichen Geständnis des Hauptangeklagten gestalteten sich die Ver-

Im Fall des Täters vom Frankfurter Hauptbahnhof ist bereits neun Tage nach der Eröffnung ein Urteil gefallen. Wenn auch nicht das, was sich Volkes Stimme angesichts des grausamen Todes des Jungen und des Leids der Familie gewünscht hätte. Weil der Mann aufgrund einer diagnostizierten paranoiden Schizophrenie für schuldunfähig erklärt worden ist, ist er in eine psychiatrische Klinik mit

anschließender lebenslanger Sicherheitsverwahrung eingewiesen worden. „Es macht mir auch nach über 20 Jahren in diesem Job immer noch zu schaffen, wie schwer es ist zu vermitteln, dass ein solches Urteil härter ist als eine Gefängnisstrafe“, gesteht Borufka ein. „Im Gegensatz zu einem Strafvollzug, der irgendwann abgebüßt ist, hat der Mann nach Lage der Dinge keine Chance mehr auf ein Leben in Freiheit.“

Blicke in Abgründe

Heike Borufka hat schon einige spektakuläre und überraschende Urteile gehört. Sie hat den Prozess gegen den „Kannibalen von Rotenburg“ begleitet, gegen den Mörder des Bankierssohns Jakob von Metzler oder den NSU-Prozess in München. Sie hat in so manche menschliche Abgründe geblickt – und würde immer noch keinen Auftrag als unzumutbar oder unerträglich ablehnen. „Wenn die Schilderungen zu grauenhaft werden, kann ich ja den Gerichtssaal verlassen oder mich innerlich verabschieden“, erläutert sie ihre Abgrenzungsstrategie. „Ich muss mir nicht jedes Detail anhören, es reicht aus, wenn ich die Dimension erfasse.“ Kalt lassen sie diese Irrungen und Verirrungen nicht, bis zu einem gewissen Grad will die Borufka diese Triebe und Antriebe auf sich wirken lassen, um Empathie entwickeln können. „Berühren dürfen mich solche Schilderungen. Sie machen mich auch ein bisschen demütig, zeigen sie doch auf, was alles passieren kann und wie unkontrolliert es passieren kann“, hat sie in einem Interview einmal gesagt.

Wenn hingegen Anwälte vor Gericht ihr Spielchen treiben, mit taktischen

Manövern Strafmilderung zu erwirken versuchen, regt sich kein heiliger Zorn in ihr. „Ich mag das vielleicht unmöglich oder unangebracht finden, zulässig ist es.“

Aufklärung mit Podcast

Vor 23 Jahren ist Borufka, die Anglistik und Amerikanistik studiert hat, eher zufällig zur Gerichtsreporterin geworden. Aus purer Neugier, wie sich der Baulöwe Jürgen Schneider nach seiner Enttarnung in Florida vor einem deutschen Gericht verantworten würde. Heute ist die Strafrechtexpertin im Eigenstudium eine Autorität auf ihrem Gebiet, auf deren Expertise mittlerweile auch ein Sender wie Spiegel TV zurückgreift, mit dem Borufka gerade ein Gemeinschaftsprojekt entwickelt. Weitere Produktionsfirmen haben auch schon angeklopft.

Mit Influencer Basti Red publiziert sie alle zwei Wochen für hr-INFO einen Gerichts-Podcast, der mittlerweile auch im TV-Programm ausgestrahlt wird. Unter dem Titel „Verurteilt!“ sucht sie Fälle aus, anhand derer sie die mitunter anstrengenden und herausfordernden Prinzipien des Rechtsstaats erläutern will. Die dritte Staffel ist nach den Sommerferien gestartet, mit der Spurensuche nach den Motiven eines Triebtäters, der im Frankfurter Stadtwald seinen Opfern aufgelauert hatte. „Wir leben in einer Zeit, in der diese Prinzipien zunehmend in Frage gestellt und angezweifelt werden. Mit diesem Podcast wollen wir einordnen und erklären, warum manche Urteile nicht so gefällt werden wie sie gemeinhin erwartet werden“, erläutert die Autorin das Wesen von „Verurteilt!“, den das Duo mitunter auch vor Live-Publikum vor-

stellt. Das ist für Borufka ein Stück Aufklärung und ein Beitrag zu einer wehrhaften Demokratie.

Manche Kollegen erzählten lieber einen quotenträchtigen Krimi aus dem Gerichtssaal anstatt sich mit den anstrengenden Spielregeln der Prozessordnung zu befassen, nimmt sie eine Tendenz zur Boulevardisierung in der Berichterstattung wahr. Das werde dem Wesen der Judikative und den Grundsätzen des Gerichtsjournalismus' aber nicht gerecht. Was einer der Gründe ist, warum Borufka dafür plädiert, auch Volontäre mit in die Gerichte zu nehmen, gerade auch in den unteren Instanzen, wo der juristische Alltag abgebildet wird.

Wächter neben Richter

Die Journalisten ihrerseits haben nämlich auch einen Effekt in diesem judikativen System, ist die grande dame überzeugt. „Es verändert sich atmosphärisch etwas, wenn Journalisten im Saal sind. Richter, Staatsanwälte, Verteidiger – sie arbeiten ihrerseits sorgsamer, wenn sie beobachtet werden.“ Es werde ein Stück gerechter und weniger verfahrensökonomisch verhandelt, so Borufkas Eindruck aus hunderten Verfahren, die sie bewusst in allen Instanzen verfolgt hat. „Und das ist nur fair, schließlich geht es für die Angeklagten, die oft zum ersten Mal vor Gericht stehen, um eine ganze Menge“, verteidigt sie den kleinen Mann. „Da ist es nur recht, ein bisschen Einfühlungsvermögen zu entwickeln und zu vermitteln“, urteilt die Frau mit dem stoischen Gerechtigkeitsempfinden, die für diese Berufung auch mal ihre Sommerpause opfert.

Andreas Lang

Heike Borufka (55) ist seit 1998 Gerichtsreporterin für den Hessischen Rundfunk. Zur Juristerei ist sie aus eigenem Antrieb gekommen, studiert hat die Frankfurterin Anglistik, Amerikanistik sowie Film- und Fernsehwissenschaften. Vor dem Wechsel in den öffentlich-rechtlichen Sender und nach einem Au-pair-Jahr in New York volontierte sie bei der Frankfurter Neuen

Presse, für deren Hessen-Redaktion sie danach sechs Jahre lang schrieb.

Von ihrem Vater, dem DJV-Ehrenmitglied Georg Borufka, hat die Tochter, die dem Verband ebenfalls angehört, gelernt, sorgsam mit der Sprache umzugehen. Voriges Jahr gehörte Borufka der Jury für den Deutschen Fernsehkrimipreis der Stadt Wiesbaden an. ala

„Einzig echtes Massenmedium“

Vor einem Jahr hat Marco Maier die Geschäftsführung von Radio FFH von Gründervater Hans-Dieter Hillmoth übernommen

Es waren große Fußstapfen, in die Marco Maier im Sommer vorigen Jahres als neuer Geschäftsführer der Radio/Tele FFH getreten ist. Sehr große. Denn mit Hans-Dieter Hillmoth, den sie im Sender mit salopper Ehrfurcht mit seinen Initialen HDH nennen, ist nicht nur der langjährige Senderchef in Ruhestand gegangen. Der Gründervater hatte Hit Radio FFH im Herbst 1989 an den Start gebracht und es in den folgenden drei Dekaden zum unangefochtenen Marktführer im Bundesland entwickelt. Und nun also Marco Maier (48).

Marco wer, mag sich nicht nur mancher Brancheninsider, sondern auch FFH-Mitarbeiter bei der Verkündung der Personalie gefragt haben. Schließlich fehlte den meisten seiner bisherigen beruflichen Stationen der überregionale Klang: das Funkhaus in seiner Heimatstadt Aschaffenburg, wo er volontierte und – nach der vorübergehenden Chefredaktion der Gratiszeitungen Blitz-Tip (Egelsbach) und Sunday (Frankfurt) – als Mitglied der Geschäftsleitung und Programmleiter zurückkehrte. Vor seiner Berufung nach Bad Vilbel hatte Maier vier Jahre lang den privaten landesweiten Radiosender Antenne Thüringen mit Sitz in Weimar geführt.

Einigermaßen überraschend wurde er von der Gesellschafterversammlung der Radio/Tele FFH in den Wetteraukreis berufen, wo er seit Sommer 2019 unaufgeregt, aber konsequent das Fundament stabilisiert. Durchdringende eigene Duftmarken im Programm hat Maier bislang allenfalls dezent gesetzt, etwa durch den Wechsel des populären Moderators Johannes Scherer in die Morningshow, wo er die Muntermacher Daniel Fischer und Julia Nestle ergänzt. Noch mehr (mediale) Aufmerksamkeit hat allenfalls der – offiziell einvernehmliche – Abgang von Felix Moese erregt, dessen Personality dem Vernehmen nach nicht mehr recht zur FFH-DNA gepasst haben soll.

Aber jenseits dieser Personalien hat der gemeine Hörer aus dem Programm heraus bislang kaum schließen können, dass an der Senderspitze eine neue Generation übernommen hat. Was kein schlechtes

Zeichen sein muss und mehrere Erklärungen hat. Zum einen verlangen die Zahlen aus der Media-Analyse (siehe Kasten) nicht nach revolutionären Einschnitten. Zum zweiten ist dem Neuen an der Spitze durchaus bewusst, dass eine gestandene Mannschaft nicht darauf gewartet hat, nach dem Abgang des Patriarchen bewährte Senderstrukturen vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das entspräche im Übrigen auch nicht dem Führungsverständnis des Teamplayers Maier.

Er weiß, was er an seiner Mannschaft hat, die die (jungen) Radioprogramme des ärgsten Konkurrenten hr kontinuierlich auf Distanz hält. Der frisch pensionierte hr-Hörfunkdirektor Heinz-Dieter Sommer (den Maier noch kennengelernt hat) hat es in seinem Bilanzgespräch mit dem „Blickpunkt“ anerkennend gemeint, als er sich über seinerzeitige Programminnovationen von FFH geärgert hatte, die den öffentlich-rechtlichen Sender in Zugzwang gebracht hatten. Etwa als der Privatsender in den 90er Jahren die Nachrichten auf fünf Minuten vor der vollen Stunde vorzog und seitdem einen Tick aktueller ist als der hr.

Und schließlich ist auch Marco Maier in seinen Reformüberlegungen von Corona eingeholt worden. Das hat auch in der gläsernen Sendezentrale in Bad Vilbel eine Menge an Improvisationstalent abverlangt, in den Arbeitsabläufen wie im Sendeschema. Getreu der allerorten neu ausgerufenen Maxime vom „constructive journalism“ haben die Radiomacher neue Formate mit Servicecharakter und Mehrwert gelauncht. So exerzierte Moderatorin



Gläserne Produktion: Blick in die Sendezentrale von FFH.

Foto: Andreas Lang

und Fitness-Trainerin Steffi Burmeister in Workout-Videos vor, wie man sich im Lockdown erzwungenermaßen zu Hause fit halten konnte. Am Mutmach-Freitag konnten sich Hörer einer aufgepeppten Hitparade 2.0 gleich Lieblingslieder wünschen, die den ganzen langen Tag in der Isolation überbrücken helfen sollten. Die Wunsch-Datenbank des Senders umfasst mittlerweile 1,3 Millionen Titel.

Auf seiner Facebook-Seite hat der Sender die Gruppe „Hessen hält zusammen“ aufgebaut, eine Freiwilligenbörse, um sich unter den erlassenen Einschränkungen gegenseitig auszuhelfen. Binnen 36 Stunden hatten sich – allen alternativen Angeboten zum Trotz – über 25.000 Hörer angemeldet.

Die Corona-Krise als Chance, Hörerbindung mit einem überschaubaren Aufwand, Radio als praktische Lebensbegleitung – Marco Maier und sein Team haben aus dieser Not eine Tugend gemacht. Sie wa-

ren so ausgelastet, dass Kurzarbeit nicht in Frage kam, die News-Schichten und die Schichten am Hörertelefon sind wegen des enormen Informationsbedarfs sogar ausgeweitet worden. „Auch und gerade in dieser Phase haben die Hörerinnen und Hörer nach Gemeinschaft gesucht, die persönliche Ansprache geschätzt“, hat der Geschäftsführer beobachtet. Es habe sich einmal mehr bestätigt, dass Radio weit mehr sei als ein Begleitmedium. Das FFH-Team hat sich dieser Herausforderung gestellt, trotz aller Einschränkungen im Alltag, die es seinerseits auch zu bewältigen hatte, trotz erheblicher Einbrüche bei den Werbeeinnahmen, die die Programmfinanzierung erschwert haben; über die exakte Höhe der Verluste schweigt sich Maier aus.

Nachrichtenstrecken bewusst ausgedehnt

Den journalistischen Anspruch ans Programm hält er hoch. Im Programm drückt er sich am sichtbarsten mit der wochentäglichen Sendestrecke „Der Tag in 60 Minuten“ aus – womit das regionale Fenster weiter geöffnet ist als von der Medienaufsicht bei der Frequenzvergabe verlangt. Auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie hat Radio FFH eigene Virologen oder Arbeitsrechtsexperten engagiert. Die Nachrichtenredaktion beschäftigt rund 35 ausgebildete Journalisten. Die sechs Regionalstudios in Fulda, Kassel, Gießen, Wiesbaden, Bad Vilbel und Darmstadt sind mit je zwei Festangestellten besetzt. Peter Hartmann ist in der Landeshauptstadt nicht nur als Landeskorrespondent

angesehen, das langjährige DJV-Mitglied ist auch Vorsitzender der Landespressekonferenz.

Fakten statt Aktionismus oder Populismus – dieses Credo predigt Marco Maier auch bei Radio FFH. Diese Verpflichtung nimmt er ernst, im linearen und erst recht im noch schnelllebigeren digitalen Programm. Dort will er sich weder am clickbaiting-Wettbewerb noch an Dramatisierungen beteiligen, sondern nüchtern dem Informationsauftrag gerecht werden. Zumal die FFH-Nachrichten und Informationen zum Teil die einzigen sind, die so mancher Hörer konsumiert.

Jenseits aller Ernsthaftigkeit sollen aber auch die unterhaltenden Elemente im Programm nicht zu kurz kommen. Auch da ist der Sender nicht stehen geblieben, hat etwa das Webradio-Portfolio diversifiziert. Seit gut einem Jahr kann das Hauptprogramm nach individuellem Musikgeschmack angepasst werden. Das Customizing kann

über die Varianten FFH+ 80er, FFH+ 90er, FFH+ Charts und FFH+ Rock gefiltert werden. Dabei wird der laufende Titel im Web durch einen Song dieses Genres ersetzt.



Versteht sich als Teamplayer: Marco Maier hat die Geschäftsführung vor einem Jahr vom legendären Hans-Dieter Hillmoth übernommen. Foto: FFH

Damit wollen die Programmacher einen Kontrapunkt zu Streamingangeboten setzen und mit dem informativen Mehrwert des Radios werben.

Auch mit Blick auf diese Spezifikationen kommt der neue Geschäftsführer zu dem Schluss: Radio wird quicklebendig bleiben. Oder um seinen Vorgänger HDH zu zitieren: Radio bleibt in der Medienlandschaft das einzig echte Massenmedium. In einem grenzt sich der neue FFH-Chef vom alten ab: An Heiligabend wird sich Marco Maier nicht höchstselbst ans Pult setzen. Nicht weil er seinen Mitarbeitern den freien Abend nicht gönnen würde. Sondern weil der leidenschaftliche Sportreporter seine Grenzen kennt – und den Hörern das Weihnachtsfest nicht vermiesen will.

Andreas Lang

Unter der Ende 1989 auf Sendung gegangenen Radio/Tele FFH GmbH firmieren drei analoge Sender: Hit Radio FFH, planet radio und harmony.fm. Die Initialen stehen für Funk und Fernsehen Hessen. Nach zwölf Jahren Sendebetrieb in Frankfurt ist der Privatsender 2001 in einen Neubau an die Peripherie nach Bad Vilbel gezogen. Gründungsdirektor Hans-Dieter Hillmoth ist nach 30 Jahren in Ruhestand gegangen und hat voriges Jahres an der FFH-Spitze Platz gemacht für Marco Maier.

Nach Hörerzahlen ist FFH nach Antenne Bayern bundesweit der zweitgrößte private Radiosender. In Hessen rangiert er in der Auswertung der Medienanalyse vor den Wellen des Hessischen Rundfunks. Im zweiten Quartal hatten die FFH-Programme täglich über 2,6 Millionen Hörer und stündlich um die 458.000. Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise im März verzeichnete der Sender 11,1 Millionen Besuche auf der Homepage und in der App, 40 Prozent mehr als im Februar. Im gesamten Quartal wurden diese digitalen Angebote rund 23 Millionen mal abgerufen. Die voriges Jahr in den Musikfarben weiter aufgefächerten Web-Channels wurden über 35 Millionen mal angeklickt. Planet radio erreicht nach der MA Audio-Analyse rund 73.000 Hörer pro Stunde und knapp eine Million am Tag. Die Welle bleibt damit das meistgehörte junge Radioprogramm in Hessen. harmony.fm wird täglich von 790.000 und 44.000 Hörern pro Stunde eingeschaltet.

ala

Vermitteln, ausgleichen, Kompromisse entwickeln

Christof Dörr zum Vorsitzenden des Personalrats im hr-Studio Kassel gewählt

Er ist in große Fußstapfen getreten: Im August hat hr-Redakteur Christof Dörr den Vorsitz im örtlichen Personalrat des Studios Kassel von Alois Kleff übernommen. Die Institution macht nach gut drei Jahrzehnten an der Spitze der Mitarbeitervertretung Platz für die nächste Generation, weil er im Oktober in den Ruhestand wechselt. Respekt hat Dörr vor dem neuen Amt. Angst davor, dass er den hohen Erwartungen des populären Vorgängers nicht genügen könnte, hat er nicht. Und braucht er auch nicht zu haben. Denn im Einvernehmen bleibt Kleff in den Wochen bis zum selbst bestimmten Ausscheiden stellvertretender Vorsitzender und arbeitet Dörr in die Feinheiten der Personalratsarbeit ein.

Dabei ist der 48-jährige gewissermaßen dafür prädestiniert. Vor sechs Jahren von Pro Sieben zum Hessischen Rundfunk gewechselt stellte sich der gebürtige Kasseler bereits im Jahr darauf zur Wahl in dieses Gremium und wurde als Nachrücker gewählt. Für Mai waren die nächsten regulären Personalratswahlen geplant. Corona-bedingt mussten diese abgesagt und die aktuelle Wahlperiode um ein Jahr verlängert werden. Das unumstößliche Ausscheiden des Vorsitzenden Kleff improvisierte die siebenköpfigen Mitarbeitervertretung, indem sie intern neu wählte.

Seit gut einem halben Jahr stellt sich Dörr nun dieser neuen Herausforderung. Das ist sie für den Festen Freien nicht nur wegen des Erbes und der verbliebenen Einschränkungen wegen Corona. Sondern auch weil die Größe der Belegschaft für das nordhessische Studio voraussichtlich nicht für eine Freistellung reicht. Im Moment räumt er sich bis zu 40 Prozent seiner regulären Arbeitszeit frei, um sein Mandat ausüben zu können.

Damit wechselt Dörr zwischen seinen Funktionen als nicht-angestellter Auftragnehmer und Interessenvertreter der Kollegen, der auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, beziehungsweise Anordnungen der Redaktionsleitung in Frage zu stellen hat. Ein Spagat, der dem 48-Jährigen aber kein Kopfzerbrechen bereitet. Vermitteln, ausgleichen, Kompromisslinien entwickeln – mit diesem Dreisatz startet Dörr, der eher mit leisen Tö-



Sprachrohr für knapp 200 Mitarbeiter im hr-Studio in Kassel: Personalratssprecher Christof Dörr. Foto: Ron Kedem

nen Aufmerksamkeit erregen will als mit plakativen Auftritten, in seine Amtszeit.

Die in Nordhessen besondere Herausforderungen bereithält, zum Beispiel die Konsequenzen aus dem angekündigten Verkauf des Fernsehstudios.

Das Gebäude, in dem früher unter anderem Sendungen wie „Straßenstars“ und „Dings vom Dach“ aufgezeichnet worden sind, soll verkauft werden, weil es technisch veraltet ist und eine Nachrüstung zu teuer wäre. Das Problem: In dem Studiokomplex sind drei Redaktionen mit rund zwei Dutzend festen und freien Mitarbeitern untergebracht, die für die Magazine „Alles Wissen“ und „Xenius“ (in Zuarbeit zu Arte) sowie für die Produktion „Erlebnis Hessen“ arbeiten. Ob diese nach dem Verkauf des Gebäudes in einen Neubau in Kassel umziehen zu können oder einen Arbeitsplatz in der hr-Zentrale in Frankfurt angeboten bekommen, ist noch ungeklärt.

Auch der konsequente Schwenk des hr hin zu cross- und trimedialer Produktion fordert die Aufmerksamkeit und Begleitung des Personalrats. Wieviel Content können die Kollegen für die diversen Ausspielwege liefern? Wie wird der angemessen honoriert? Können sie mal eben schnell von unterwegs noch einen Aufsager für ein Online-Format sprechen? Wann können, wann dürfen sie einer

für selbstverständlich erachteten Erwartungshaltung der Kollegen in den Redaktionen widersprechen? Fragen, denen sich Dörr in der digitalen Transformation mit neuer Verantwortung und mit neuen Einflussmöglichkeiten stellt.

Journalistisch hat er sich über die Jahre auf Kultur- und Wirtschaftsthemen spezialisiert, gilt beispielsweise als Fachmann für die Entwicklung des Bergbauunternehmens K+S. Seit drei Jahren koordiniert er zudem die Rubrik „Weitergedreht“ in der Hessenschau, durchforstet für diese Fortsetzungen die Archive des Senders. Im DJV zu sein ist Christof Dörr „selbstverständlich“. „Da ergänzt sich gerade die arbeitsrechtliche Expertise in der Geschäftsstelle prima mit der Personalratsarbeit“, so seine Erfahrung. Gerade auch die vielen festen Freien mit ihrem speziellen Status im hr profitierten von dieser Interessenvertretung. Unter den besonderen Bedingungen in Corona-Zeiten habe die Gewerkschaft eine Basis-Absicherung für diese Gruppe erreicht, indem sie im fortgeschriebenen Tarifvertrag ausdrücklich berücksichtigt worden sei. „Darum hat sich der DJV frühzeitig und effizient gekümmert. Das ist ein echter Mehrwert für die Mitgliedschaft.“

Andreas Lang

Christof Dörr (48) arbeitet seit sechs Jahren für den Hessischen Rundfunk in seiner Geburtsstadt Kassel. Nach dem (abgebrochenen) Jura-Studium und einem Volontariat in Osnabrück heuerte er beim Dortmunder Regionalstudio von Sat.1 an, ehe er Ende 2001 zu ProSieben wechselte. Für den Privatsender hat er unter anderem vom Ground Zero in New York und der Oscar-Preisverleihung in Hollywood berichtet.

Privat ist Dörr mit Familie und Hund regelmäßig im Bergpark Wilhelmshöhe anzufinden. „Hesse sein heißt, auf der Sonnenseite des Lebens geboren zu sein“, hat der Lokalpatriot einmal in einem Fragebogen angegeben. ala

Grundsätzlich und gelassen

Wie eine unparteiische Berichterstattung über die AfD und populistische Gruppierungen aussehen kann

Nicht über jedes Stöckchen springen, das man uns hinhält – das klingt so einfach, ist es aber nicht. Wie können wir damit im journalistischen Alltag umgehen, der eigentlich schon gar kein Alltag mehr ist? In Zeiten, in denen manchmal der Eindruck entstehen könnte, dass ein Hauch von Weimar durch die Straßen weht? Zeiten zumal, in denen der Journalismus – nicht erst seit der Viruskrise – vor digitalen und wirtschaftlichen Herausforderungen steht und um dessen Akzeptanz es nicht besonders gut bestellt ist. Woran Populisten und Extreme, die ein Problem mit Pressefreiheit haben, sicher einen Anteil haben.

Gewichtung

Wir sollten – und das tun viele Redaktionen – immer wieder neu diskutieren, wie wir mit Ereignissen und Provokationen umgehen. Das muss leider sein: Es gibt keine Schablone, die wir einmal entwerfen und öfter anwenden können, jedenfalls nicht bei einer so unberechenbaren Partei wie der AfD. Aber je öfter wir ehrlich miteinander ringen, umso sicherer werden wir wieder in dem, was auch sonst eine unserer Kernaufgaben und Stärken sein sollte: Gewichten, Abwägen: Ist das eine Nachricht? Ist das wirklich eine Nachricht? Wie umfangreich sollen wir über einen Vorfall berichten, und in welchem Umfeld, in welcher Einbettung? Brauchen wir mehr Kontext, Einordnung, Vorgesichte?

Gerade die AfD beschert uns in der Berichterstattung viele Dinge, die zum ersten Mal passieren: Ein Eklat im Landtag, Polizei im Parlament, sprachliche Ent-

gleisungen, Demos und Krawall.

Wir sollten nicht „über jedes Stöckchen springen“, das sagt sich so leicht. In der Praxis kann das heißen: Auch einmal nicht berichten. Eine Entscheidung, die gerade nach investierter Recherchezeit schwerfällt, und die sich vielleicht auch nicht alle Medien „leisten“ können. Gerade solche Redaktionen, die dünn besetzt sind und ohnehin wenig Kapazitäten für Recherche haben. Aber die Glaubwürdigkeit einer Redaktion, einer Sendung, einer Zeitung steigt, wenn Leserinnen, Zuhörende oder Zuschauer nicht das Gefühl bekommen, dass Reflexe bedient werden – oder schlimmer noch, dass aus Sensationsgier berichtet wird.

Ein Mittelweg kann auch das pflichtschuldige Abhandeln in einer kleineren Berichterstattung sein, wenn unsere journalistischen Kriterien das zulassen. Positiver Nebeneffekt: Wir machen dann nicht bei der Ego-Show geltungssüchtiger Selbstinszenierer mit. Beispiel: Ein fraktionsloser Landtagsabgeordneter tobte auf Twitter, als er einmal als das bezeichnet wurde, was er ist: ein fraktionsloser Landtagsabgeordneter, der einen Eklat provoziert hatte. Nicht mehr. Kein Name, kein sezieren der Situation, sondern eine nüchterne knappe Meldung, die der Vorfall verdient hatte.

Genauere Einordnung

Wir dürfen dabei nicht den Fehler machen, zu glauben, dass Äußerungen, die wir schier unglaublich oder abgedreht finden, ihre Urheber*innen schon selbst „entlarven“ werden, wenn wir sie

nur möglichst lang und breit wiedergeben. Damit würden wir uns daran beteiligen, dass die Grenze des Sagbaren immer weiter verschoben wird. Das heißt in der Praxis: Wir sollten Zitate nicht für sich stehen lassen. Auch bei den Demonstrationen gegen die Einschränkungen in der ersten Corona-Zeit war es ein falsches Verständnis von Neutralität und Offenheit, die Motivation der Protestierenden abzufragen und ungefiltert zu transportieren. So tragen wir dazu bei, dass Unwahrheiten verbreitet werden und teils menschenverachtende Aussagen als Meinungsfreiheit durchgehen. Bitte nicht falsch verstehen: Es geht nicht darum, Meinungen auszuschließen. Es geht nur darum, zu markieren, wo Meinung aufhört, und wo Hetze und Desinformation beginnen. Das aufzuzeigen und einzuschätzen, ist unser Job.

Grundsatzdiskussionen

Lasst uns wieder mehr über journalistische Standards streiten. Denn die brauchen wir mehr denn je! Gerade im Umgang mit einem kampagnenfähigen rechten Rand, der nicht nur aus einem „Newsroom“ in Berlin die sozialen Medien flutet, sondern auch außerhalb des organisierten Rechtspopulismus und -extremismus Bots, Fake-Profile, aber auch echte dafür anfällige Menschen auf unliebsame Journalist*innen hetzt.

Klar, der Nachrichtenjournalismus verlangt schnelle Einordnung gerade bei aufsehenerregenden Ereignissen. Aber auch und gerade in einer Eilmeldungs-Situation können und sollten wir den Schritt zurück machen. Ein Fehler war die Entscheidung: „Keine Zeit

für Grundsatzdiskussionen“, wie es beispielsweise in einer Redaktion nach mutmaßlich rechtsextremen Anschlägen hieß, als beinahe im Affekt auch über das Geraune von Reichsbürgern berichtet wurde, das sich als Falschinformation herausstellte. Nein! Hier gilt erst recht, was sowieso gelten sollte: Im Zweifel abwarten, bis gesicherte Informationen vorliegen. Wann, wenn nicht in einer solchen Situation, sollten wir uns noch einmal unserer Grundsätze bewusst werden?

Gnadenlose Recherche

Wer über unschöne Dinge und Phänomene berichtet, kann sich darauf einstellen, dass es auch ungemütlich werden kann. Oder anders gesagt: Wer im braunen Sumpf rührt, muss damit rechnen, sich die Hände schmutzig zu machen. Davor sollten wir keine Angst haben. Erstaunlicherweise können die extremsten Überzeugungstäterinnen die aufrechtesten Zitategeberinnen sein, die sich dann auch meist richtig wiedergegeben fühlen, auch wenn ihnen die Einordnung nicht passt. Denn wenn sie sich unbeschwert extremistisch vorm Mikrofon äußern, ist das durchaus brauchbar, kann aber umso weniger für sich stehen bleiben.

Geradlinigkeit beibehalten

Wir wollen keinen Millimeter zurückweichen, wenn es um unsere journalistischen Prinzipien geht. Auch wenn es unbe-

quem wird. Rechts ist Rechts, und Pressefreiheit ist Pressefreiheit. Wenn wir schon darüber nachdenken, wie wir berichten können, um möglichst wenig Scherereien mit denen zu haben, die uns ohnehin verachten, dann ist es schon zu spät. Selbst wenn sie mit Rechtsstreitigkeiten kommen, sollten wir davon nicht unsere Berichterstattung beeinflussen lassen. Ja, sie wollen uns fertig machen, oder es uns zumindest nicht leicht machen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Gelassenheit

Das soll aber kein Aufruf zum Alarmismus sein, im Gegenteil: Auch bei Anfeindungen können wir gelassen bleiben. Selbst wenn sie uns richtig nerven, in sozialen Medien belästigen, Briefe an Vorgesetzte schreiben, Gremien damit beschäftigen oder uns gar vor Gericht zerran: Wir sollten auch vor Kanzleien mit großen Namen nicht zurückschrecken, in unseren Rechtsstaat vertrauen und entspannt bleiben. Oft suchen sie nur nach Schwachpunkten, die nicht einmal inhaltlich relevant sein müssen.

Und wenn wir dann gewonnen haben, müssen wir den Sieg etwa vor Gericht ja nicht so ausschachten, wie die AfD es tun würde. Das Wissen, dass wir mit klarem Kompass richtig liegen, kann viel wertvoller sein als Triumphgeheul. Das kann natürlich zäh sein und Zeit kosten. Die müssen wir erst einmal haben – oder vorher einkalkulieren.

Gegenoffensive

Die größten Beschwerdeführer, die heftigsten Journalismusgegnerinnen können plötzlich ganz umgänglich sein, wenn man ihnen gegenübersteht. Auch

sonst gilt ja: Auf Facebook oder in der wütenden Pressemitteilung wird schnell mal einer rausgehauen. Davon bleibt im direkten Gespräch oft nicht viel übrig. Im echten sozialen Raum gelten selbst für die größten Tabubrecher eben doch gewisse Anstandsregeln. Und was bei renitenten Leuten mit Leserbriefen oder Beschwerdemails erstaunlich hilfreich ist: Einfach mal anrufen. Dass sich überhaupt jemand von den Medien meldet, kann schon Wunder wirken. Die Gespräche können dann natürlich alles zwischen nett und furchtbar sein. Aber wenn die Personen mit Klarnamen, Adresse und Telefonnummer möglicherweise auch noch vorformulierte Massenmails schicken, steckt eben inhaltlich auch nicht viel dahinter.

Vorsicht mit persönlichen Daten

Vielleicht gibt es ja die Möglichkeit, von einer Funktions-Mailadresse in der Redaktion zu antworten, damit wir nicht in der Folge noch mehr Post an unsere persönlichen Adressen bekommen. Oder mit unterdrückter Rufnummer anzurufen.

Grundsätzlich nicht antworten ist jedenfalls keine Lösung. Wir müssen mit den Menschen, die uns lesen, hören oder sehen, kommunizieren. Auch wenn sie uns am liebsten abschaffen würden.

Was wir außerdem erleben: Datensammlung bei Medienleuten durch die AfD vor Parteitag, indem bei der Akkreditierung unnötig viele Angaben abgefragt werden. Ungut, wenn diese Partei eine Liste mit Geburtsdaten und Adressen „unliebsamer“ Journalistinnen führen könnte. Bislang hat Berichterstattung auch mit anderen oder weniger Daten geklappt. Ähnliches gilt für die Demonstrationen gegen

die Corona-Bedingungen: Hier wollte der Organisator nur mit denjenigen sprechen, die zuvor ein mehrseitiges Formular unterschrieben hätten, mit dem sie sich zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichten. Das haben wir selbstverständlich nicht ausgefüllt – und trotzdem berichtet. Ein seltsames Verständnis von Pressefreiheit, wenn die daraus bestehen soll, so zu berichten, wie bestimmte Leute es gerne hätten. Natürlich sollten möglichst vielfältige Meinungen abgebildet werden, aber die Form, den Anlass und die Art und Weise einzufordern,

in der das zu geschehen hat – das ist schon anmaßend. Denn dazu gibt es ja zum Glück immer noch uns und den Journalismus.

Markus Pfalzgraf

Markus Pfalzgraf, DJV-Landesvorstandsmitglied in Baden-Württemberg, berichtet für den SWR über Landespolitik. Dabei hat er vor allem die AfD, die er seit ihrer Gründung beobachtet, im Blick, aber auch angrenzende Phänomene.



Interpretationsspielraum: Plakat auf einer Demonstration von Verschwörungstheoretikern in Stuttgart. Foto: Markus Pfalzgraf

Staatlich geprüfte Reportage

Wie leicht die Distanz zur Fragestellung verloren gehen kann - Zwischen den Erwartungen des Auftraggebers und des Publikums

Eigentlich sollte es nur ein Treffen mit ein paar Freunden werden, doch irgendwie nahm der Abend eine ganz andere Richtung. Auf jeden Fall hat es nicht sehr lange gedauert, bis ich direkt mit der Frage konfrontiert war, ob es wirklich noch unabhängigen Journalismus gibt. Oder ob auch ich in meiner Arbeit konkrete Vorgaben von der Politik erhalten, worüber ich berichten darf und worüber nicht.

Auf die Nachfrage, welche Politik gemeint sein soll, die da Einfluss auf mich nehme, lagen aus der Runde sofort Antworten parat. Berlin und Wiesbaden bestimmen doch längst, worüber ihr berichten dürft und sollt, so die Ansicht meiner Tischnachbarn. Ich war erschrocken über diese Meinungen, denn bisher hatte ich nicht das Gefühl, dass diese den Verschwörungstheorien und Gassenslogans folgen würden. Schließlich handelt es sich bei diesem Freundeskreis um gut ausgebildete und wohl situierte Mitbürger. Und dann so etwas.

Weder Kanzleramt noch Landespressestelle haben mich je kontaktiert, um meine Beiträge zu kritisieren noch in irgendeiner Form Einfluss darauf zu nehmen. Jeder Versuch, meine eigene Wahrnehmung deutlich zu machen, wurde sofort mit einer Flut von angeblichen Beispielen für einen Staatsfunk niedergemacht. Irgendwann habe ich dann bezahlt und bin gegangen. Enttäuscht und dennoch aufgewühlt.

In den folgenden Tagen habe ich meine Arbeit sehr kritisch betrachtet, immer auf der Suche, wann ich wo in meiner Berichterstattung in irgendeine Form auf Einflüsse von wem auch immer reagiert habe. Und tatsächlich, es gab sehr wohl Situationen, in denen ich die notwendige Distanz zum Thema und zur allgemein gültigen Auffassung zumindest aufgeweicht habe. Ganz spontan fiel mir die Berichterstattung zum Thema Kassel Airport ein. Die Nordhessen lieben ihren Airport und sind stolz darauf. Einige Re-

dakteure im hr aber sind erklärte Gegner des Flugplatzes, und so sind dann auch die Vorgaben für die Berichterstattung.

„Chronologie des Scheiterns???? Mit kurzen Zwischenhochs, Und wie geht es jetzt weiter? Gibt es einen Grund, das zu feiern? Wer hätte Grund dazu und wer genau nicht? Was sagt der Steuerzahlerbund dazu und was die Landespolitik, dass der Flugplatz jährlich Millionen verschlingt?“ So die Vorgaben für einen Beitrag, der zum 50. Geburtstag des Flugplatzes in Kassel entstehen sollte. Die Richtung war also tatsächlich klar. All die positiven Entwicklungen, die mit diesem regionalen Flughafen in Verbindung



stehen und standen, sollten kaum eine Rolle spielen: 3000 Arbeitsplätze im Umfeld des Flughafens, Standortvorteile und Industrieansiedlungen, um nur einige zu nennen.

Mir fällt ein weiterer Bericht ein, der durchaus unter dem Einfluss der Eindrücke vor Ort entstanden ist: der Problemwolf von Sontra. Ein weiteres Beispiel dafür, dass auch ein Reporter nicht im luftleeren Raum agiert. 24 Schafe hatte der sogenannte Problemwolf innerhalb von sechs Monaten in Nordhessen gerissen. Die Bauern und Tierbesitzer sind stinksauer. Doch es gibt auch Redakteure, die sich über die Rückkehr des Wolfes in nordhessische Wälder freuen. Und die wiederum überhaupt nicht verstehen können, warum ausgerechnet dieser Wolf nun gejagt werden soll. Nachdem ich vor Ort all den Ärger der Tierzüchter erlebt hatte: Wie unabhängig war mein Bericht? Trotz Schutzhund und Sicherheitszaun hat die Wölfin sehr schnell gelernt, den-

noch die Schafe zu reißen. DNA-Proben haben nachgewiesen, dass es sich immer um den gleichen Wolf gehandelt hat. Und dennoch? BUND und Tierschutzorganisationen sind gegen die Jagd auf dieses Tier.

Ein Bürgermeister aus dem Werra-Meißner-Kreis ist stinksauer auf mich, weil ich einen kurzen Bericht über den Umgang mit Straßenausbaugebühren gefertigt habe. Die Anwohner des Ortes wurden mitten im Lockdown zu Covid19 mit Rechnungen von bis zu 40.000 Euro belastet. Und das, obwohl es längst Bestrebungen gibt, die Straßenausbaugebühren für Bürger in Hessen gänzlich auszusetzen. Der Bürgermeister fühlte sich zu Unrecht im Bericht benannt, weil nicht er, sondern sein zuständiger Mitarbeiter die Rechnungen unterschrieben und versandt hatte. Auf dem offiziellen Briefbogen der Kommune. „Schlechter Journalismus“ und „Lügenpresse im Rotfunk“ waren nur einige der Vorwürfe des CDU-Bürgermeisters.

Nur einige Beispiele dafür, dass auch ein Regionalreporter tagtäglich einen Drahtseilakt vollführt. Folgt er den Vorgaben eines weit entfernten Redakteurs, der die Situation vor Ort nur aus dem Internet kennt und seine eigene Meinung zum alleinigen Kriterium der Wahrheit macht? Lässt sich der Reporter vom vor Ort Erlebten leiten und verliert damit die notwendige Distanz zum Thema? Fällt trotz der Länge eines Beitrages die ein oder andere korrekte Formulierung dem Zeitdruck zum Opfer?

Fakt ist, einen politischen Einfluss auf meine Berichterstattung habe ich nicht in meiner Arbeit gefunden, wohl aber die Auseinandersetzung mit Kollegen, die ihre eigene Auffassung von der Herangehensweise an ein Thema haben. Aber damit kann ich leben.

Carsten Gohlke

Pinsel statt Notebook

Die Freie Journalistin Carmen Erlenbach hat in der Corona-Krise das Malen wieder für sich entdeckt - 20 Ölgemälde entstanden

Die Corona-Pandemie hat viele freie Journalisten an den Rand ihrer Existenz gebracht. Innerhalb weniger Tage waren alle Aufträge weggebrochen, alle Veranstaltungen abgesagt, der Umfang der Zeitungsseiten reduziert. Inzwischen hat sich die Situation für die Freien etwas gebessert, doch die Umsätze erreichen immer noch nur einen Bruchteil dessen, was sie vor der Pandemie verdient hatten.

Zum Beispiel bei Carmen Erlenbach.

Sie arbeitet seit rund 30 Jahren als freie Journalistin. Sie erinnert sich an einen Mittwoch vor Corona, als sie noch Veranstaltungen für das bevorstehende Wochenende in ihrem Terminplan stehen hatte, über die sie berichten sollte. Zwei Tage später waren alle abgesagt. Wegen Corona. Dass der finanzielle Einbruch länger anhalten würde, war abzusehen. Dass kaum noch Geld zu verdienen war, ebenfalls.

Da Freie ohnehin nicht üppig verdienen und ihre Einnahmen oft gerade mal ausreichen, um laufende Kosten zu decken und ein einigermaßen auskömmliches Leben zu führen, sind Rücklagen so gut wie nicht vorhanden.

Carmen Erlenbach begann zu rechnen. Die Kosten für die Künstlersozialkasse, die Finanzierungsraten für das Auto, die Kosten für Büro und Telefon, die Abschreibungen und so weiter. Alles in allem mindestens 1200 Euro pro Monat. Die staatliche Hilfe kam an, reichte immerhin, um den größten Teil der laufenden Kosten für drei Monate zu decken. Das war dringend notwendig, denn Einnahmen gab es so gut wie keine.

Neben ihrer Arbeit als freie Journalistin hat Carmen Erlenbach ihr ganzes Leben lang auch gemalt. Sie hat diverse Ausstellungen bestritten und das ein oder andere Gemälde verkauft. Statt untätig zu Hause zu sitzen, begann sie wieder zu malen. Ein paar Leinwände hatte sie noch zu Hause, Ölfarbe

wurde gekauft, Ideen für Bilder realisiert.

Da an Ausstellungen wegen Corona nicht zu denken war, hat Carmen Erlenbach ihre Gemälde auf ihrer Homepage und über Facebook angeboten. In der Hoffnung, damit etwas Geld zu verdienen. Doch die Ernüchterung kam schnell. Zwischen 300 und 500 Euro hatte sie, je nach Größe der Gemälde, als Preis angesetzt. Es gab sogar Interessenten. Aber zahlen wollten die nicht. 20 Euro hatte ihr einer für ein Ölgemälde angeboten. Ein Betrag, der nicht mal die Kosten für Leinwand und Farbe gedeckt hätte. Ganz zu schweigen von den mindestens zehn Stunden Arbeit, die in einem Ölgemälde stecken.

Im Internet würden Ölgemälde schon für 20 Euro angeboten, argumentierte der Interessent. Natürlich hat Carmen Erlenbach ihre Gemälde nicht veramscht. Sie stehen nun alle in ihrem Büro. Mehr als 20 Stück hat sie inzwischen gemalt. Demnächst nimmt sie an einer Hofausstellung einer befreundeten Künstlerin teil. Auch eine Ausstellung zu Beginn des kommenden Jahres in einem Museum hat sie in-



Impressionen in Ölfarbe: Aus dem Oeuvre von Carmen Erlenbach.

Foto: Hans Dieter Erlenbach

zwischen in ihrem Terminkalender stehen. Sie hofft, dort ein paar Gemälde verkaufen zu können.

Geld aus einem zweiten Rettungspaket der Regierung hat sie nach Aussagen ihres Steuerberaters nicht zu erwarten. Denn dazu müssten Vergleichssummen aus dem vergangenen Jahr als Anhaltspunkt genannt werden. Doch vergangenen Sommer hatte sich Carmen Erlenbach einen komplizierten Bruch des Fußes zugezogen und konnte ausgerechnet in der Zeit, die als Vergleichszeitraum herangezogen werden sollte, nicht



Tugend aus der Not: Mangels journalistischer Aufträge steht Carmen Erlenbach wieder häufiger vor der Staffelei.

Foto: Hans Dieter Erlenbach

arbeiten. Folglich gibt es aus diesem Paket keine Hilfsgelder. Aber die Kos-

ten laufen weiter, das Konto ist in den roten Zahlen. Inzwischen geht es mit den Aufträgen aus den Zeitungsredaktionen wieder etwas aufwärts. Doch der Verdienst beträgt nicht einmal ein Viertel dessen, was Carmen Erlenbach vor Corona verdient hat. Eigentlich würden jetzt bald

die Jahresabschlussfeiern der Vereine, die Weihnachtsfeiern und die Herbst-

festen anstehen, über die sie früher immer berichtet hat. Und nach Neujahr die Fastnachtsveranstaltungen. Doch bisher ist auch hier fast alles abgesagt. Die Aussichten sind trübe. Und die Hoffnung, mit der Malerei einen kleinen Teil des Verdienstausfalls aufzufangen, hat sich nicht erfüllt.

Und nun hat ihr der Zeitungsverlag, für dessen Publikationen sie arbeitet, einen höchst unerfreulichen Brief geschrieben. Aus wirtschaftlichen Gründen würden die Artikel künftig nur noch einmal bezahlt, auch wenn sie in mehreren Zeitungen des Verlages erscheinen. Die Hoffnung, auch künftig von journalistischer Arbeit einigermaßen leben zu können, schwindet.

hde

„An Aufgaben mangelt es nicht“

Rolf Skrypzak zum neuen Sprecher des Bundesfachausschusses Zeitschriften gewählt

Während der virtuellen Tagung des Fachausschusses Zeitschriften des DJV am 15. Juli wurden Rolf Skrypzak (DJV Hessen, Vorsitzender) und Judith Stephan (DJV Bayern, Stellvertreterin) gewählt.

Rolf Skrypzak: „An Aufgaben mangelt es nicht. Bereits in den Vor-Corona-Zeiten gab es im Zeitschriften-Journalismus viele Verwerfungen und Umbrüche. Die Pandemie-Situation hat das verschärft. Der Zeitschriftenmarkt ist inhomogen. Während Special-Interest-Zeitschriften teilweise Marktanteile gewinnen, betrifft die derzeitige Krise vor allem die Publikumszeitschriften. Aber auch der bisher blühende Zweig des Content Marketing kann verdorren, wenn man zum Beispiel für Lufthansa-Magazine arbeitet.“

Natürlich ist das Online-Geschäft – besonders in Corona Zeiten – sehr gewachsen, die finanzielle Entlohnung leider nicht. Da müssen wir ansetzen.

Auch im traditionellen journalistischen Bereich gibt es viele Probleme. Wir mussten zum Beispiel feststellen, dass in der Ausbildung derzeit vor allem jour-

nalistisches Handwerk im Vordergrund steht. Die Ethik kommt deutlich zu kurz.

Es gibt viele Aufgaben für uns. Diese Baustellen müssen wir in tragfähige Bausteine umwandeln. Das braucht Zeit und wird nur Schritt für Schritt gelingen.

Wenn auch nicht nominell, so sind Judith Stephan und ich dennoch als Doppelspitze angetreten. Es liegen große Aufgaben vor uns, welche wir nur gemeinsam bewältigen können. Diese Zusammenarbeit gilt natürlich nicht nur für die gewählten „Aushängeschilder“. Sie gilt für den gesamten Fachausschuss und für alle Journalistinnen/Journalisten, die wir vertreten.“

„Das war wegweisend: Der Abschluss des Tarifvertrages mit den Zeitschriftenverbänden erforderte viel Arbeit, aber das hat sich gelohnt. Die Verlage werden auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Sie sind zudem aufgefordert, die Aufträge an Freie nicht zu kür-

zen. Das waren sehr wichtige Forderungen für uns. Natürlich müssen wir dafür auch Abstriche, besonders beim Lohnzuwachs, machen. Aber in diesen Zeiten ist es in erster Linie wichtig, soweit es geht, Beschäftigung zu garantieren.“

zak



Am gleichen Tropf wie einst Goethe

Projektstipendien der hessischen Landesregierung federn

Corona-bedingte Einkommenseinbußen ab – Drei Beispiele aus Hessen

Schon die alten Griechen wussten, wie wichtig ihre Dichter und Denker für den Erhalt der Demokratie sind und fördern daher die klügsten und kreativsten Köpfe. Auch die römischen Kaiser und späteren Herrscher, Landesherren und -damen, Königinnen und Könige kannten den Wert der Weisheit und des Wortes. Sie alle förderten die Künstler und Künstlerinnen, kritische Denker und Freigeister.

Manche mussten sich zwar wegen Majestätsbeleidigung und ähnlichem „Vergehen“ vor ihren Landesherren verantworten, aber gefördert wurden sie zunächst alle, unabhängig von ihrem wirtschaftlichen „Nutzen“. Selbst die Hofnarren hingen am Tropf des Regenten, nicht nur um ihn zu erheitern, sondern auch, um ihn aus seiner Blase der Bewunderungen und Beweihräucherung herauszuholen, damit er die Bodenhaftung nicht verliert.

Gerade in Krisenzeiten dürfen Kunst, Kultur und kluge, kritische Wörter nicht zu kurz kommen, sonst kommt ein seltsames Gemenge unzufriedener Bürger zustande, die kein so rechtes Ventil finden und sich dann mit jenen zusammenrotten, die nicht nur die Demokratie zerstören wollen, sondern faschistisches und fremdenfeindliches Gedankengut auch noch stolz vor sich hertragen.

Gut beraten sind daher die Landesherren (und natürlich -frauen), die vor allem in Krisenzeiten das professionelle, kritische Wort und damit freie Journalistinnen und Journalisten, Autorinnen und Autoren fördern. Kreative Köpfe, die

auch wirtschaftlich besonders hart getroffen sind.

Das hat sich auch die hessische Landesregierung gedacht, genauer das Ministerium für Kultur und Wissenschaft, nachdem die Bundesregierung diesbezüglich versagt hat. Erst wurde vom Bund großspurig ein enormes Hilfspaket für sogenannte Soloselbstständige angekündigt, das sich am Ende als fast reine Wirtschaftshilfe für laufende Betriebskosten entpuppte. Während das mit Milliarden subventionierte Kurzarbeitergeld, das die Einkünfte von Angestellten sichert, in die Verlängerung geht, hat der Bund immer noch kein Paket für die Einkommensausfälle von Künstlern, Journalisten und sonstigen Selbstständigen geschickt, die kaum Betriebskosten haben und vor allem von ihren Honoraren leben.

Um die Einkommenseinbußen dieser Berufsgruppen wenigstens etwas abzufedern, hat sich die Landesregierung ein kluges Hilfsprogramm erdacht, von dem auch freie Journalistinnen und Journalisten profitieren. Keine Geschenke und bedingungslose Grundeinkommen, sondern Projektstipendien. Freie Kunst, Kultur und Journalismus, gefördert von der Landesregierung – ein Konzept, von dem schon Goethe, Schiller, die Grimms und

zahlreiche andere berühmte Dichter und Denker profitiert haben.

„Hessen kulturell neu eröffnen“ heißt das Programm, das bereits in die dritte Phase gegangen ist. In der ersten Runde wurden Arbeitsstipendien in Höhe von 2000 Euro vergeben, für die sich alle Freischaffenden, die in der Künstlersozialkasse versichert sind, mit einem Projekt bewerben konnten. Davon haben auch einige Kolleginnen und Kollegen im DJV Hessen profitiert. Dr. Lydia Polwin-Plass bringt es auf den Punkt: „Da wir Freelancer bei den meisten Corona-Förderungen sowieso durch den Rost gefallen sind, war ich sehr froh über diese Förderungsmaßnahmen.“

Auf das Programm aufmerksam wurde Polwin-Plass durch eine Infomail der hessischen Geschäftsstelle des DJV, erklärt die Journalistin.

Beworben hatte sie sich mit dem Buchprojekt „Wacken – Das perfekte Paralleluniversum“,

„Was die Gesellschaft von den Metalheads lernen kann.“ Ein Herzensprojekt, „das schon lange in meinem Kopf herumgeistert und nun endlich Form annimmt. Das Buch beleuchtet am Beispiel des Wacken Open Air den sozialen Aspekt der Metal-Szene, ihre Besonderheiten, das vorbildliche soziale Verhalten innerhalb der Szene, aber auch von Metalfans gegenüber anderen Menschen.“, erläutert die Autorin.

Ob das Projekt ohne das Arbeitsstipendium überhaupt zustande gekommen wäre, weiß sie nicht, ganz sicher „nicht so flott“. Nach der Konzeptionierung hat Polwin-Plass nun für die endgültige Durchführung des Projekts die nächste Phase beantragt, das sogenannte Projektstipendium, das auch Gruppen, Vereine und Verbände ebenso beantragen konnten wie Künstler/Innen und Journalisten/Innen, die nicht über die Künstlersozialkasse versichert sind.

Auch darauf hatte der DJV Hessen aufmerksam gemacht.



Profitiert von der Finanzspritze des Landes: Besitzerin Ina Knobloch, die mit „Shutdown“ bereits ein Buch zur Corona-Krise publiziert hat. Foto: privat

Aber nicht nur das, der Verband hat auch selbst einen Antrag gestellt, von dem im Jahr der Freien freie Journalistinnen und Journalisten profitieren sollen. Noch sind die Entscheidungen nicht gefallen, auch Polwin-Plass wartet noch auf das Ergebnis der Jury. Für Einzelpersonen wurden in der neuen Phase 5000 Euro ausgelobt, für Gruppen 18.000 Euro. Falls der DJV Hessen den Zuschlag bekommt, wird der Verband den kompletten Etat nach einer Ausschreibung an freie Mitglieder weiterreichen. Gefragt sind Beiträge zum Jahr der Freien, das hatte sich Erich Mauracher, Fachausschussvorsitzender der Freien, schon lange ausgedacht.

Auch bei Jens Brehl haben die Coronahilfen des Bundes nicht gegriffen: „Weil ich als Solo-Selbständiger mit Heimbüro bewusst niedrige berufliche Fix-

kosten habe. Da ich diesbezüglich durch den DJV Hessen gut informiert war, habe ich mir die Zeit für einen Antrag gespart.“

Die Geschäftsstelle war auch für Brehl der wichtigste Informant in der Krise: „Auf das Arbeitsstipendium bin ich durch die Mails des DJV Hessen aufmerksam geworden, zusätzlich hat der OV Frankfurt bei einer virtuellen Zoom-Versammlung das Arbeitsstipendium von Hessen detailliert erwähnt.“

Inhaltlich hat sich der ökologisch engagierte Journalist ebenfalls einem Herzensthema gewidmet: „Beworben habe ich mich mit dem Relaunch meines Öko-Onlinemagazins „Brehl backt!“, aus dem nun „über bio“ wird. Ende September ist das neue Format online, dann folgen im laufenden Betrieb weitere Verbesserungen. Weg von Aussehen und Technik ei-

nes Blogs, hin zu einem echten Magazin – was „Brehl backt!“ von den professionellen Inhalten schon lange ist. Neues Design, bessere und mehr Funktionen für Leser*innen. Ohne das Arbeitsstipendium wäre der Relaunch in dem Umfang nicht finanzierbar gewesen, allein schon die vielen sonst unbezahlten Arbeitstage hätte ich mir nicht leisten können. Den Relaunch hätte ich schon aus technischen Gründen mittelfristig durchführen müssen, zum jetzigen Zeitpunkt wäre das ohne die Förderung kaum möglich.“

Das Arbeitsstipendium ist für Brehl eine echte Chance, mittelfristig ein eigenes Standbein aufzubauen, das ihn nicht nur finanziell trägt, sondern im besten Fall Einnahmen generiert. Und auch für ihn waren die Hürden für den Antrag extrem niedrig: Keine Kostenkalkula-

tion, in „nur“ 1.500 Zeichen musste das Vorhaben plausibel vorgestellt und online registriert werden. Der Nachweis der KSK-Zugehörigkeit musste hochgeladen und einige Fragen zum Projekt beantwortet werden – fertig. Brehl resümiert: „Unter dem Strich: mega-einfach. Innerhalb von 24 Stunden hatte ich die Zusage.“

Und auch ich hatte mich für das Stipendium beworben und dafür virtuelle Lesungen gehalten. Ein Experiment, an das ich mich ansonsten nie herangewagt hätte und das großen Zuspruch fand. So ging es vielen Kolleginnen und Kollegen, die dank der hessischen Initiative, kreative Inhalte einmal ganz ohne redaktionelle Zwänge realisieren konnten. Ganz so wie es die großen hessischen Dichter und Denker einst auch tun durften.

Ina Knobloch

Vorübergehend systemrelevant

Informationsauftrag, angemessene Vergütung und Tarifverhandlungen in Zeiten von Corona

Geht doch: Der DJV hat in schwierigen Zeiten so genannte Corona-Tarifverträge für Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure ausgehandelt, in denen erstmals auch ein Regelwerk für freie Journalisten aufgenommen worden ist. Wie ist dieser Fortschritt einzuordnen, was kommt für die Freien netto dabei heraus, und was bleibt davon nach Corona? Verfolgen die Verlage eine nachhaltige Strategie in der Krise oder instrumentalisieren sie diese? Eine Analyse von Andreas Lang.

Analyse

Die Verunsicherung war immens, das Informationsbedürfnis beträchtlich, das Nachrichtenangebot wuchs exponentiell in jenen Tagen und Wochen nach der Ausrufung des Lockdowns durch die Bundesregierung Mitte März. Was sich

mancher inmitten der digitalen Transformation nicht mehr vorstellen konnte, bildete sich in der Mediennutzung gewissermaßen über Nacht wieder ab: Verunsicherte Staatsbürger versammelten sich um die Lagerfeuer der Tagesschau und der Hessenschau, die Sondersendungen in der Primetime erreichten Woche für Woche ein Millionenpublikum. Die erzwungenermaßen nahezu monothematische Berichterstattung in den Printmedien wurde verschlungen, die Zugriffe auf Online-Inhalte schnellten in die Höhe. Medien wurden querbeet konsumiert, Hauptsache sie ordneten ein, sie bettetten ein, sie bezogen in die Auswirkungen ein.

Journalismus war plötzlich, vorübergehend systemrelevant. Und die Journalistinnen und Journalisten nahmen die Herausforderung an, ohne Rücksicht auf persönliche Herausforderungen in

der Pandemie, ohne Blick auf weiter ausufernde Arbeitszeiten. Ohne zuverlässige Zulieferungen eines Heers freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten die ausgedünnten Stammredaktionen den Informationshunger nicht stillen können. In Echtzeit waren Newsticker zu füttern und Content online zu stellen. Parallel dazu waren Sendestunden und Printausgaben zu füllen. Und all dies unter anhaltend eingeschränkten Arbeitsbedingungen, wegbrechenden Terminen, erschwerten Erreichbarkeiten.

Die Redaktionen haben geliefert, für Leser, Zuhörer, Zuschauer, User. Und nun da der erste Rauch sich verzogen hat, da wir uns arrangiert haben mit der „neuen Normalität“ - was bleibt da von der Systemrelevanz des Journalismus? Wird honoriert, was er geleistet hat? Drückt sich die allgemeine Wertschät-



*Widersprüchlich: Die Nachrichtenlage in Corona-Zeiten ändert sich so rapide, dass die Aktualisierung des Laufbands nicht immer Schritt hält.
Foto: Andreas Lang*

zung auch auf dem einzelnen Konto aus?

Der DJV hat das Momentum schon mal genutzt, um Benchmarks zu setzen. Griffig sind die Initiativen zum Ausdruck gekommen durch den Abschluss von zwei Sonder-Tarifverträgen für Tageszeitungen und Zeitschriften im Sommer. Für Zeitungsredakteure im Geltungsbereich werden die Gehalts- und Manteltarifverträge im Sinne von Arbeitsplatz- und Planungssicherheit bis zum Jahresende unverändert verlängert, eine Öffnungsklausel beim Weihnachtsgeld soll betriebsbedingte Kündigungen verhindern helfen. In einem ähnlichen Spirit ist für Zeitschriftenredakteure ein Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Und in beiden Fällen Durchbruch für (feste) Freie, der lange verwehrt geblieben ist: Erstmals ist es laut DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring gelungen, deren Interessen in einem Regelwerk zu fixieren. Mit Ausgleichszahlungen für entgangene Honorare, einem verbindlichen Anspruch, auch über die Honorarhöhen zu verhandeln und einer Selbstverpflichtung der Verlage, Aufträge zu vergeben.

Wie sich freie Journalistinnen und Journalisten gegen Honorardumping behaupten, wie sie Schmerzgrenzen ziehen und wie sie (neue) Nischen besetzen können, dazu sind im jüngsten Newsletter des DJV Hessen eine Menge Beispiele und Tipps gebündelt worden.

[Link zum Newsletter](#)

Ist damit alles in Butter? Hat es Corona tatsächlich geschafft, die unterschiedlichen Lager zusammenzuführen, eine Sozialpartnerschaft zu leben und die Lasten aus der Corona-Krise fair zu verteilen? Mitnichten. Dafür gibt es bereits zu viele Schlupflöcher, Bypässe, Ausflüchte, Relativierungen.

Am offensichtlichsten dadurch, dass die Zeitungsverlage im Land gar nicht in den Geltungsbereich dieser Tarifverträge fallen, daran nicht gebunden sind, sich in dem ein oder anderen Haustarifvertrag allenfalls und bestenfalls daran orientieren.

Und natürlich denken die Verleger und Geschäftsführer, Intendanten und Verwaltungsdirektoren auch in Corona-Zeiten betriebswirtschaftlich. Die Nachfrage nach Informationen, Nachrichten und Einordnungen mag gestiegen sein, allerdings nicht proportional zur Bereitschaft, dafür auch zu bezahlen. Mit den Bemühungen, Leser und User mit nachgefragten Inhalten hinter die Bezahlschranke zu führen, waren die Vertriebe in den vergangenen Monaten längst nicht so kreativ und innovativ wie die Redaktionen in der Berichterstattung. Da haben Streamingdienste und Bezahlsender konsequenter lukrative Geschäftsmodelle entwickelt und beworben.

Die Folge: Anzeigenrückgänge und -Stornierungen im Werbemarkt, der Sparzwang, die ordnungspolitischen Auflagen werden nach wie vor angeführt, um Honorare zu drücken oder ganz einzusparen. Wertschätzung sieht anders aus. Ein Beispiel aus der hessischen Medienlandschaft: Die Frankfurter Neue Presse hat ihre Freien Mitte August unter dem Betreff „Ihre Mitarbeit in unserem Haus“ per Mail darüber informiert, dass Texte in verschiedenen Publikationen unter ihrem Dach künftig nur noch einmal honoriert werden.

Für einen bescheidenen pauschalen Aufschlag soll ab September zugestanden werden, dass „Ihre Artikel ... in allen Zeitungen der Ippen-Gruppe verwendet werden dürfen. Auch eine mögliche Veröffentlichung auf Portalen der Ippen-Gruppe ist mit diesem Honorar abgegolten“. Buy-out statt allgemeinverbindliche Mindesthonorare.

Kaum ist die Tinte unter den Corona-Tarifverträgen getrocknet, wird die am Verhandlungstisch beschworene Sozialpartnerschaft schon wieder aufgeweicht. Nichts mit Weiterreichen der Mehrwertsteuersenkung, nichts mit Partizipation an den Aufhellungen im Geschäftsklimaindex seit dem Frühsommer, nichts mit Weitergabe der Erlöse aus den Anzeigenschlachten zwischen den Discountern. Schon ist sich wieder jeder selbst der nächste.

Und dennoch haben Tarifverträge ihre Berechtigung, sind Trendsetter und kein Auslaufmodell. Und sie sind ein Argument, Gewerkschaften beizutreten beziehungsweise ihnen die Treue zu halten und sie dadurch zu stärken. Wozu sie angesichts so existenzieller Herausforderungen wie der Corona-Pandemie in der Lage sind, haben sie in den vergangenen Monaten gezeigt: schlagkräftig, unkonventionell – und am (vorläufigen) Ende oft genug auch nachhaltig.

Andreas Lang



Angewiesen auf Almosen: Die Corona-Folgen treffen gerade Freiberufler hart. Der modifizierte Tarifvertrag federt diese Verluste etwas ab.

Foto: Andreas Lang

Priorisieren in der Pandemie

Ortsverband Gießen macht Werkstattbesuche in Lokalredaktionen

225 Kilometer an zwei Tagen gefahren, vier Lokalredaktionen in nominell drei Verlagen an vier Standorten besucht; über vier Stunden einfach drauflosgefragt, gerne zugehört und gute Gespräche geführt. Das sind die Daten der ersten Redaktionsrundreise im DJV-Ortsverband Gießen. Die Tour Anfang August brachte einige Erkenntnisse und einige neue Themen für die Gewerkschaftsarbeit.

Nach 33 Jahren beim Gießener Anzeiger, davon 18 Jahre als Redaktionsleiter beim Usinger Anzeiger (Hochtaunuskreis), bin ich nach der Fusion des GA mit der WNZ und der Umstrukturierung der Redaktionsarbeit mit einer Produktion am zentralen Desk Ende 2019 ausgeschieden. Ich erwarte das Renteneintrittsalter.

Das lässt Raum und Zeit fürs Ehrenamt als Vorsitzender des DJV-Ortsverbands Gießen mit seinen 124 Mitgliedern gerade in der besonderen Corona-Zeit. Wie steht es vor Ort um die Arbeit und die Beschäftigungssituation von Redakteurinnen und Redakteuren sowie von Freien Journalisten? Welche aktuellen Fragen und „neue Themen“ gibt es für die Gewerkschaft und die Arbeitnehmervertretung über die direkte Rückmeldung einzelner oder von DJV-Betriebsräten hinaus?

Ich habe ordnungsgemäß und mit Blick auf die corona-bedingten Auflagen vorab bei den (tatsächlich nur) zwei maßgeblichen Medienhäusern im Ortsverband Gießen „um Zustimmung zum Besuch“ gebeten. Max Rempel

hat für die Mittelhessische Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG (Gießener Allgemeine Zeitung/ Alsfelder Allgemeine Zeitung/ Wetterauer Zeitung) geantwortet und klargemacht, „dass wir gegenwärtig keine externen Besuche in unseren Räumlichkeiten wünschen“. Er bestätigte die Infos, die dem Ortsverband vorliegen, wonach ein Großteil der Mitarbeiter mobil arbeitet und nicht in den Redaktionen ist. Rempel: „Wir alle hoffen, dass die Corona-Beschränkungen möglichst zügig enden. Persönlich gehe ich aber nicht davon aus, dass dies in diesem Jahr der Fall sein wird.“ Eine Aussage mit zeitlicher Perspektive für die aktuelle Arbeitssituation. Wird der Corona-Zustand das „Neue Normal“?

Keine Rückmeldung gab es von den beiden Geschäftsführern, die laut Impressum an der Spitze von drei Verlagen in Oberhessen (VRM Mittelhessen – GA und UA; Verlag für Wetterau und Vogelsberg – KA; Verlagsgesellschaft Vogelsberg – LA und OZ) stehen. Sie waren informiert; aus zwei Häusern (GA; LA) lag zudem eine Einladung des Betriebsrates für den DJV-Vertreter vor.

Dann die Tour und der vergleichbare erste Eindruck vor Ort: Die Parkplätze sind frei. Geschlossene

oder nur eingeschränkt geöffnete Geschäftsstellen. Eintritt nur nach dem Klingeln; die Flure und Büros sind verlassen und nahezu leer, die meistens unaufgeräumten Arbeitsplätze sind verwaist, denn Corona brachte Kurzarbeit und die Arbeit im Homeoffice. So finden sich in den Redaktionen nur wenige Kollegen, die dem News Desk als Reporter zuarbeiten oder traditionell komplett die vom Umfang her reduzierten Tageszeitungs-Produkte fertigen. Die Erscheinung von

Anzeigenblättern ist reduziert oder teilweise ausgesetzt.

Das Fazit: Die Möglichkeit, außerhalb der Redaktion zu arbeiten, wird allseits begrüßt. Es geht vor allem darum, (vom Redaktionsalltag) ungestört und effizient individuell zu arbeiten (Schreiben; Recherche). Die Arbeitszeit kann besser an die tatsächliche Notwendigkeit angepasst werden (Früh- und Spätdienst). Gleichzeitig können private Verpflichtungen (Kinderbetreuung) mit der



Auf Baustellen nicht nur in der Innenstadt von Alsfeld in Oberhessen gestoßen: Frank Bugge vom DJV-Ortsverband Gießen hat Lokalredaktionen besucht.

Foto: Selfie Bugge

Arbeit abgestimmt werden. Aber der Austausch mit den Kollegen und die Präsenz in der Redaktion sollten nicht anhaltend fehlen.

Deshalb wird eine feste und planbare Regelung mobiles Arbeiten/Redaktionsarbeit unter Berücksichtigung des Workflows gewünscht. Das verkürzt zudem die notwendige Abstimmung (Telefon- und Videokonferenzen). In allen Fällen ist auch die (durchaus mobile) Online-Aktualisierung 24/7 zu planen und als Arbeitszeit zu berücksichtigen.

Wichtig: Arbeitsplätze müssen vom Arbeitgeber mit Hard- und Software gut (wie in der Redaktion) ausgestattet sein; Support ist zu gewährleisten. Das gilt auch für Geräte zur Aktualisierung der Onlinemedien. Weitere Themen sind IT-Sicherheit, Da-

tenschutz, Arbeitsschutz und Haftung. Kurzum: arbeitsrechtliche Standards sind zu erfüllen.

Die Anmeldung der Kurzarbeit bei der Arbeitsagentur hat das Dilemma der angesammelten Freien Tage aufgrund von Sonntagsdiensten in Redaktionen offenbart. Diese Tage können nicht genommen werden, weil kein Vertretungspersonal zur Verfügung steht und sonst die Produktionssicherheit trotz reduzierter Print-Umfänge nicht gewährleistet ist. Eine Redaktion hat sich über den Betriebsrat bei der GL beschwert, weil angeordnete Kurzarbeit, der Abbau Freier Tage und die Produktion nicht passten.

Kein neues Thema: In den Redaktionen sind nur noch wenige Kolleginnen und Kollegen nach Tarifvertrag beschäftigt.

Bei Neueinstellungen wird „ohne Tarif“ eingestuft. Die Einstufung ist nicht nachvollziehbar, weil nicht transparent. Unklar ist vor allem, nach welchen Kriterien eine Gehaltserhöhung erfolgt. Transparenz könnte den einzelnen gezielter motivieren und das Arbeitsklima belastende Maßnahmen einschränken.

Eine Führungsaufgabe: Technik und neue Tools an den Workflow anpassen, bzw. den Workflow optimieren. Konsequente Schulung und Weiterbildung der Redaktion in der Anwendung.

Ergänzend braucht es eine klare Aufgabendifferenzierung in der Redaktion. Es kann nicht jeder alles machen: Planung (Desk Net), interne Abstimmung und Konferenzen (Zoom/Teams), Mailverwaltung, Themen- und Terminvergabe, Schreiben, Bildverwal-

tung/-bearbeitung, Seitenbau, Onlineaktualisierung aller Kanäle, Analysetools auswerten. Möglicherweise gibt es Redaktionssysteme, die das von sich aus optimieren.

Der Trend vom termin- zum themengetriebenen Journalismus macht das Auftragsvolumen für Freie Journalisten geringer, aber anspruchsvoller. Ein guter Zeitpunkt, um Honorare bzw. Pauschalen anzuheben.

Eine Führungsaufgabe: Es werden in den Redaktionen weniger Arbeitsplätze gebraucht. Arbeitsmittel sind unbenutzt (Schreibtische, PC, Bildschirme, Drucker). Räume stehen leer, ganze Etagen werden nicht mehr genutzt. Es ist an den Verlagen, durch Verkleinerung, Vermarktung oder Umzug klar Kosten zu sparen.

Frank Bugge

Kurz und knackig

Corona-bedingt stellt der Landesverband sein Weiterbildungsprogramm von Seminaren auf Kurzreferate um

Ob die Suche nach neuen Verdienstmöglichkeiten, beruflicher Stress oder Rechtsfragen – wir alle spüren Tag für Tag wie sich das Berufsbild für Journalistinnen und Journalisten verändert. Der DJV Hessen bietet für diese Fragen und aktuelle Diskussionen ein umfangreiches Seminarpaket an. Um auch direkt vor Ort zu informieren, können von den Ortsverbänden außerdem Kurzreferate zu aktuellen Themen gebucht werden. Diese „kurz & knackig - Varianten“ sind sehr gut geeignet, um das Angebot einer aktuellen Veranstaltung eines Ortsverbandes zu ergänzen. Sie dauern ca. 45 Minuten, plus Diskussionen. Nach der bisherigen Erfahrung sind diese Veranstaltungen sehr intensiv, inklusive Fragen, Antworten und gegenseitiger Hilfe.

Rolf Skrypzak

Kurzreferate für die Ortsverbände - Das sind die aktuellen Angebote des DJV Hessen

„Wie hilft Resilienz-Training gegen Stress im Redaktionsalltag?“ Eine Einführung, Referentin: Uta Allert

„Meine Fotos langweilen sich auf der Festplatte.“

Wie bringe ich sie an die frische Luft – und an Kunden?“

Sind Kalender eine Chance? Was wird gesucht? Wie vermarkte ich es?

Referent: Rolf Skrypzak

„Das „VIT-Programm“ Geld für Leistung? Bezahlung für Freie Journalistinnen/Journalisten und Tipps wo und wie sich Leistung immer noch lohnt. Eine Marktübersicht VIT – Verhandeln

– Ideen
– Trends
Referent: Rolf Skrypzak

„Die Quellen des Journalismus“ Verrat oder Aufklärung? Die Rolle von Whistleblowern als Quelle für investigativen Journalismus.“

Referent: Lothar Hausmann

„Länder, Menschen, Abenteurer“ Einen Überblick darüber bekommen, welche Regeln in anderen Ländern gelten.

Wenn gewünscht, gibt es eine Diskussion über aktuelles Fotorecht in Deutschland

Referent: Rolf Skrypzak

„Das Netz, unendliche Weiten: Finden und gefunden werden“ SEO-Optimierung – der Einstieg um groß aufzusteigen

Referent: Karsten Socher

Anmeldungen/Informationen über die Geschäftsstelle des DJV Landesverband Hessen e.V.:
www.djv-hessen.de
E-Mail: info@djvhessen.de

Innovation statt Resignation

Ob mit einer Bürgerrecherche oder dem überraschenden Kauf eines Portals – Auch in Krisenzeiten können Geschäftsfelder erschlossen werden

„Job weg – und nun? Sie haben durch Corona Ihren Job verloren? Erzählen Sie uns Ihre Geschichte“ – so lautete einer der Slogans, mit denen die Augsburger Allgemeine im August auf allen ihren Kanälen eine dreiwöchige Recherchekampagne startete. Um viele Informationen von Betroffenen zu erhalten, nutzte die Zeitung dafür Correctiv.Lokal. Doch diese Bürgerrecherche ist nicht die einzige Besonderheit an diesem Projekt. Projektleiter war Tom Kroll, Schüler der Deutschen Journalistenschule (DJS). Kroll absolvierte ein dreimonatiges Fellowship innerhalb einer neuen Initiative der DJS, bei der Journalistenschüler*innen „an der digitalen Transformation von zukunftsorientierten regionalen Häusern“ mitwirken.

Kolumne

Kroll entschied sich für eine datenjournalistische Recherche bei den Augsburgern zum Thema Minijobs. „Doch dann kam die Pandemie“, sagt der 29-Jährige – er änderte das Thema seines von Juli bis September laufenden Projektes: „Bürgerrecherche zur Corona-Krise“. Kroll nutzte dafür die Dienste des gemeinnützigen Recherchezentrums Correctiv.Lokal. Mit dem sogenannten „Crowd-Newsroom“ stellt Correctiv.Lokal den teilnehmenden Medien kostenlos die technische Infrastruktur für solche Umfragen bereit und unterstützt die Journalist*innen bei der Datenauswertung.

Auch um das Thema Datenschutz kümmern sich die Correctiv-Experten.

Freilich war das Projekt kein Selbstläufer und der Journalistenschüler musste einiges organisieren. Er gliederte sein Projekt in drei Phasen: Zunächst ging es darum sich zu überlegen, wie Teilnehmer für die Umfrage gewonnen werden können und wie der Fragebogen aussieht. In der dreiwöchigen Kampagnenphase wurde neben einigen Zeitungsartikeln zum Thema Arbeitslosigkeit in der Pandemie in Augsburg vor allem in den sozialen Netzwerken, mit der Unterstützung durch eine Influencerin, mit einem bei Instagram platzierten Video, aber auch ganz konventionell mit gedruckten Postkarten für die Teilnahme an der Anfang August startenden Online-Umfrage geworben. Kroll konnte hierfür auch die zur Zeitungsgruppe gehörenden TV- und Radiosender a.tv und RT1 nutzen. Für den Journalistenschüler war es eine neue Erfahrung, mit den Mitteln des Marketings für ein journalistisches Projekt zu arbeiten, „das war sehr arbeitsintensiv“.

Im Online-Fragebogen wurde unter anderem nach der Art des Arbeitsverhältnisses, dem Zeitpunkt des Jobverlustes, aber auch zum monatlichen Nettoeinkommen (optional) vor und nach Beginn der Krise gefragt. Die Teilnehmer*innen hatten außerdem die Möglichkeit, ihre persönliche Geschichte des Jobverlustes zu schildern und gegeb-

enfalls mit Dokumenten zu belegen. Es wurde also sehr persönliche Daten und Sachverhalte abgefragt, dessen war sich Kroll bewusst, der schon bei vorherigen Geschichten zur Arbeitslosigkeit festgestellt hatte, dass dieses Thema „durchaus schambehaftet“ sei.

Ende August endete die Erhebungsphase. 119 Menschen hatten bis dahin den Fragebogen ausgefüllt, die meisten hätten auch ihre persönlichen Geschichten geschildert, bilanziert Kroll. Er sei erfreut darüber, „dass wir mittels dieser Informationen die ganzen Trends, die es bundesweit bei der durch Corona verursachten Arbeitslosigkeit gibt, auf Augsburg runterbrechen können“. Für jedes Thema seien jetzt Protagonisten da: „Jetzt beginnt die eigentliche journalistische Arbeit, ich treffe mich mit einigen Menschen und versuche, ihre Geschichten zu verifizieren.“

Außerdem erstellte er einen Plan, „welche Geschichten wir machen wollen und wie wir das am besten präsentieren“. Die Qualität der eingegangenen Fragebögen sei auf jeden Fall hervorragend. Die Redaktion habe das Ausprobieren einer neuen Recherchemethode positiv aufgenommen, sagt Kroll. Er habe mit seinem in der Digitalredaktion angesiedelten Projekt über die Redaktionsgrenzen hinweg den ganzen Verlag kennengelernt und habe dabei „wahnsinnig viele Freiheiten“ gehabt. Mehr unter: augsburger-allgemei-

[ne.de/job-weg](https://augsburger-allgemei-ne.de/job-weg) und correctiv.org/lokal: Dort gibt es auch Hinweise zu rund einem Dutzend erfolgreicher Bürgerrecherchen.

Für dieses Projekt war Mut von allen Seiten gefragt: Das Medienhaus stellte Ressourcen bereit und gab dem Journalistenschüler freie Hand, dieser setzte sein umfangreiches Recherchevorhaben wohl sehr gut um – zu loben sind aber auch die Nutzer*innen, die sich mit der Teilnahme an der Umfrage den Journalisten anvertrauten. Solche Konstellationen sind durchaus nicht üblich.

In einer im September veröffentlichten Studie der Landesanstalt für Medien NRW „Die Innovationslandschaft des Journalismus in Deutschland“ schreiben die Autoren Jun-Prof. Christopher Buschow und Prof. Christian-Mathias Wellbrock: Die vorherrschende Berufskultur und Arbeitsweise von Journalisten steht „in starkem Konflikt mit heute als zentral angenommenen Prämissen der Innovationsentwicklung: einer agilen, iterativen Arbeitsweise, einem risikoaffinen Trial-and-Error-Vorgehen („Fehlerkultur“), einer starken Orientierung an den Bedürfnissen und dem Feedback von Nutzerinnen und Nutzern („Nutzerzentrierung“) sowie interdisziplinär zusammengesetzten, bereichsübergreifenden Teams“. Hier wurden die Vorgaben für innovatives Arbeiten wohl erfüllt. Download der Studie unter: <https://tinyurl.com/innovationsfoerderung>

Zahlungskräftige Medienhäuser können sich leisten, Innovation einzukaufen. Die Münchner Ippengruppe (u.a. Frankfurter Rundschau, Frankfurter Neue Presse, tz München, Münchner Merkur) überraschte Branchenbeobachter mit dem Zukauf des deutschen Ablegers von BuzzFeed. Das 2006 in den USA gegründete Portal ist eines der beliebtesten Angebote im englischsprachigen Raum. Die Corona-Pandemie brachte das Unternehmen indes auch ins Straucheln – der Online-Werbemarkt brach auch im Segment Virales Marketing und Native Advertising weltweit massiv ein. „In seiner Anfangszeit präsentierte BuzzFeed fast ausschließlich unterhaltende, schnell konsumierbare Inhalte, die

darauf ausgelegt waren, möglichst direkt in sozialen Netzwerken verbreitet zu werden“, schreibt Wikipedia (de.wikipedia.org/wiki/BuzzFeed). Typisch seien dafür Katzenvideos gewesen.

Das Unternehmen widmete sich auch zunehmend dem investigativen Journalismus und konnte sich mit einem breiten Themenspektrum „immer stärker gegen die klassischen Zeitungsportale im Internet“ behaupten. Wegen des Pandemiebedingten Rückschlags suchte das US-Unternehmen seit April auch einen Käufer oder Investor für das 2014 gegründete BuzzFeed.de.

Im August stieg überraschend Ippen ein. Überraschend deshalb, weil die

Münchner bis dato als „altherwürdiger Verlag“ (so der Spiegel über Ippen) galten und der Zukauf einer Marke wie BuzzFeed nicht dazu passte. Digital-Geschäftsführer Jan Ippen sieht es pragmatisch: „Ich leite den digitalen Arm der Verlage, der hat natürlich ein größeres Eigenleben und muss sich seine Geschäftsmodelle neu suchen. Die Übertragung der Zeitungsleser ins Netz würde bedeuten, dass wir nur Kunden ab 60 hätten. Mit BuzzFeed können wir neue Zielgruppen erschließen. Wir wollen ja nicht mit alten Lesern zu Grabe getragen werden“.

Anreizertexte für sogenannte Listicle wie „15 Dinge, die du kennst, wenn du wesentlich jünger aussiehst, als du

tatsächlich bist“, könnten zumindest die Digitalnutzer*innen anderer Ippen-Medien künftig öfter zu lesen bekommen – der Verlag wird indes so klug sein, bestehende Marken und die Marke BuzzFeed nicht im Übermaß durch solches Clickbaiting oder gezieltes Anbieten bei jüngeren Zielgruppen auszureizen.

Innovativer dürfte das Einbinden investigativer News-Inhalte von BuzzFeed News (buzzfeed.com/de/news) sein. Das Team rund um Chefredakteur Daniel Drepper überrascht hier immer wieder mit Rechercheerfolgen. OMG (Oh my God), die sind gut, wird da vielleicht mancher Konkurrent stöhnen.

Thomas Mrazek

Nach der reinen Harmonielehre

Hessischer Rundfunk bettet Kulturberichterstattung in crossmediale Programmstrategie ein - Bekenntnis zu hr2

Loyalitätserklärung für hr2: Auf einer Pressekonferenz zum Start einer beachtlichen Programmreform Mitte September hat Intendant Manfred Krupp ein klares Bekenntnis zur Zukunft des Senders abgelegt. Allerdings soll dieser in eine übergeordnete flexible Kultur-Unit eingebunden werden, die auch andere Ausspielwege des Senders mit Kulturthemen bedienen soll. Das eigene Programm büßt damit Exklusivität ein, soll umgekehrt aber luftiger werden, die Moderatoren mehr Flächen bekommen. Unangestastet bleiben populäre Formate wie „Doppelkopf“ oder „Der Tag“.

Die Senderspitze hat dazu gelernt. Nachdem undifferenzierte Äußerungen zur geplanten Strukturreform vor einem Jahr als Reduktion auf eine reine Abspelstation für klassische Musik oder gar als ein Sterben auf Raten von hr2 verstanden und interpretiert worden waren, war ein veritabler Shit-

storm über den Dornbusch hinweggezogen. War doch undurchsichtig, ob einer puristische „Klassikwelle“ renommierte journalistische Programme wie „Der Tag“ geopfert worden wären. Dessen Fangemeinde hatte schon einmal lautstark für den Erhalt protestiert, als nämlich das Ende des „Tags“ bei hr1 besiegelt und sein Verbleib im hr-Programm offen war. Jetzt also eine Kommunikationsoffensive des hr, um sich unmissverständlich zu erklären und um bei aller Ressourcenknappheit ein Bekenntnis zur zweiten Hörfunkwelle insgesamt abzulegen.

Inhaltlich wird nur eine kleine Rochade gespielt, die Programmchef Hans Sarkowicz vorstellte. Die bislang kleinteiligeren Strecken (wie etwa die Klassikzeit) werden zugunsten „fließender Programmstrecken“ aufgelöst. Was bedeutet, dass das Tagesschema unter der

Woche nur noch grob unterteilt wird in „Am Morgen“ (bisher Kulturfrühstück), „Am Vormittag“, „Am Mittag“ (nach dem „Doppelkopf“) und „Am Nachmittag“ (nach der Wiederholung der sakrosankten Lesung vom Vormittag und vor dem „Tag“). In diesen größeren Sendeformaten sollen die Moderatoren nun prominenter, kreativer, präsenter sein, „verbindend“ und „zugewandt“. Womit die geschätzten Stammhörer beschwichtigt werden sollen; was aber auch den journalistischen Anspruch des Programms unterstreicht. Am Wochenende werden einige neue Schmankerln eingeführt, wie die Archivschätze mit historischen Aufnahmen unter anderem aus dem Frankfurter Sendesaal am Samstag oder „2 bis 4 - Menschen und ihre Musik“ am Sonntag, wo Prominente aus der Kulturszene ihre Lieblingsklänge mitbringen.

So viel im Wesentlichen zum hr2-internen Relaunch. Mindestens genauso wichtig ist es der Programmdirektion aber, den Solitär „Kultur“ in die crossmediale Flottenstrategie einzubinden, die den Sender am Dornbusch seit über einem Jahr vom Kopf auf die Füße stellt. Die „Hesseninformation“ erhebt bekanntermaßen den Anspruch, regional wie inhaltlich aktueller und multimedialer präsent zu sein. In dieser 14 Initiativen umfassenden Gesamtkonzeption, die stark auf interdisziplinären Austausch zwischen den verschiedenen redaktionellen Teams setzt, nimmt nun auch die Kulturberichterstattung ihren Platz ein. Gemäß der breit

aufgelegten crossmedialen Programmreform, die nach und nach die drei Säulen TV, Audio und Web in der Zentrale sowie den fünf Regionalstudios erfasst, sollen nun auch die Kulturthemen insgesamt breiter ausgespielt werden, primär für die Hessenschau (inklusive ihres Online-Auftritts), für hr-iNFO, aber auch multimedial und in social media.

In diesem Strategieprozess ist es gewollt, dass Themen erst von dort aus in das lineare Kernprogramm von hr2 zurückfließen, etwa als Spin-off eines Podcasts. „Digital first“ gilt ab sofort also auch für die Kultur beim hr, stellte die neuerdings auch für Audio zuständige crossmediale Programmdirektorin Gabriele Holzner klar. „Aus hr2-kultur fließt vielleicht Qualität ab“, räumt sie ein. „Sie fließt aber auch angereichert wieder dorthin zurück.“

Mit dieser behutsamen Programmreform soll also der Spagat gelingen, Stammhörer zu halten und Kulturthemen für neue Hörer erlebbar und interessant zu machen. Dass letztere nicht mehr über die lineare Ausstrahlung via Nischensender zu erreichen sind, zeigen Krupp und Holzner Quartal für Quartal die schmerzenden Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse, die konstant nach unten zeigen, zum Teil mit dramatischen Abflüssen.

Dem strategisch entgegenzusteuern ist Auftrag der im Sommer installierten

Kultur-Unit. Diese ressortübergreifende Steuerungseinheit, der mit Alf Mentzer auch ein hr2-Redakteur angehört, soll ein Kulturangebot für ein breiteres Publikum entwickeln, die Kulturberichterstattung konsequent öffnen und Auftritte in mehr Formaten und im Spektrum der (digitalen) Kanäle entwickeln. Zuschauer, Hörer und User sollen sich zeit- und ortsunabhängig informieren und unterhalten können, so der von der Intendanz mitgegebene Gestaltungsauftrag an das Leitungsteam. Die fünfköpfige Kultur-Unit verantwortet künftig auch den „Tag“, das informationelle Flaggschiff, das weiter auf hr2 segelt. Überlegungen, es auf hr-iNFO zu lenken, wurden wieder aufgegeben. Nochmal will sich der Sender nicht mit der Fangemeinde anlegen. In der Informationswelle des hr wird die Sendung am späten Abend weiterhin nur wiederholt.

Sorge, dass der klassische lineare Auspielweg mit diesen neuen Freiheiten und Möglichkeiten noch mehr Hörer verlieren könnte, plagen die Macher nicht. Ihren Geschmack will der Lieblingskanal weiterhin auf gewohnter Frequenz bedienen. Bei aller Vielfalt bleibe die Klassik die dominierende Musikfarbe, sicherte hr2-Chef Sarkowicz zu. Die treuen Fans wissen es zu schätzen und kennen den Wert so mancher Perle im Programm von hr2-kultur, in Nischen auch für junge und jugendliche Hörer. Nun soll die Nachricht von diesen Schätzen viral gehen. **Andreas Lang**

Überholt von Blaulichtreportern

Freiberufliche Journalisten werden von Polizei und Feuerwehr immer später an den Unfallort gelassen - Von Innenministerium abgesegnet

Sie nennen sich Wiesbaden 112, Einsatzreport Süd Hessen, Keutz TV-News oder, seit einigen Monaten aktiv, 5Vision Media. Bei den Labels handelt es sich größtenteils um junge Menschen, allesamt bei Feuerwehren oder Hilfsorganisationen engagiert und nun auf dem Markt der Pressefotografen tätig. Zum Leidwesen der etablierten, meist freiberuflich tätigen Fotografen und Kameralleute, die seit Jahrzehnten über Unfälle, Brände, Unwetter und andere Ereignisse berichten.

Früher war es üblich, dass diese Journalisten von Polizei oder Feuerwehr informiert wurden, wenn es größere Einsätze gab. Seit die diversen selbsternannten Blaulichtreporter unterwegs sind, fließen solche Informationen nur noch spärlich. Eigentlich kein Wunder, denn durch ihre Mitgliedschaft bei Feuerwehren und Rettungsdiensten erfahren diese schnell und aus erster Hand, wo es spektakuläre Einsätze gibt und sind schnell vor Ort. Oft liefern sie schon erste Bilder, bevor die etablierten

Kollegen überhaupt von einem Einsatz erfahren.

Man könnte nun von unlauterem Wettbewerb sprechen, denn es gibt genügend Hinweise, dass die Feuerwehren inzwischen darauf verzichten, Zeitungsredaktionen über Einsätze zu informieren. Zum Beispiel die Feuerwehr Raunheim. Deren Pressesprecher, der hauptberuflich in Sachen Brandschutz bei der Raunheimer Stadtverwaltung arbeitet, ist gleichzeitig auch Mitarbei-

ter des Blaulichtportals Wiesbaden 112. Bei den vielen Autobahneinsätzen der Raunheimer Wehr sind vor allem dessen Vertreter vor Ort. Wiesbaden 112 bezeichnet sich als das „in unserem Einsatzbereich führende Nachrichtenportal“, das auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Hilfsorganisationen betreibt. Die „mehr als 10 Personen“, die als Blaulichtreporter im Einsatz seien, werden als „allesamt engagierte Mitglieder in verschiedenen Feuerwehren und Hilfsorganisationen“ bezeichnet.

Fast alle seien dort Führungskräfte. Chef Michael Ehresmann arbeitet beispielsweise hauptberuflich bei der Mainzer Berufsfeuerwehr und zudem als Gruppenführer bei der Freiwilligen Feuerwehr Schwalbach. Ein weiterer Mitarbeiter arbeitet hauptberuflich in der Leitstelle Main-Taunus-Kreises, sitzt also an der Quelle, um die anderen Mitglieder von Wiesbaden 112 über Einsätze auf dem Laufenden zu halten.

Keutz TV-News wird von Alexander Keutz betrieben. Er bezeichnet sich als „das größte private Nachrichtenportal Hessens“. Er sei „leidenschaftlicher Blaulichtfotograf“, ist Mitglied der Feuerwehr Weiterstadt bei Darmstadt. Den Feuerwehren und Hilfsorganisationen bietet er sein Foto- und Videomaterial kostenlos an.

5Vision-Media besteht ebenfalls fast ausschließlich aus aktiven Feuerwehrleuten, vor allem bei einer Rüsselsheimer Stadtteilfeuerwehr aktiv. Sie geben zwar als Firmensitz Rüsselsheim an, als Kontakttelefonnummer jedoch eine Telefonnummer in Frankfurt, wo einer der Gründer, der sich Chef vom Dienst von 5Vision Media nennt, hauptberuflich im feuerwehrtechnischen Dienst arbeitet, wie in sozialen Netzwerken zu lesen ist. Anrufe an ihn landen auf einem An-



Ausgebremst: Bildjournalisten wird der Zugang zur Unfallstelle immer schwerer gemacht.

rufbeantworter und werden nach einer entsprechenden Ansage zu ihm weiter-



Stattdessen beauftragen die Hilfskräfte zunehmend eigenes Personal mit der exklusiven Erstberichterstattung. Fotos: Hans Dieter Erlenbach

geleitet. Dort meldet er sich als 5Vision-Media. Sein Arbeitsplatz in Frankfurt wird somit auch zum Büro des Blaulichtportals.

Volker Dziemballa ist hauptberuflich freier Fotograf im Kreis Groß-Gerau. Er wundert sich, dass er seit längerem bei größeren Einsätzen von der Feuerwehr

nicht mehr informiert wird. Anderen Pressefotografen geht es ähnlich. Die ständig steigende Zahl der Blaulichtreporter führt letztendlich auch dazu, dass immer mehr von ihnen bei Einsätzen erscheinen. Bei einem Großbrand in Rüsselsheim 2016 tauchten um die 20 der selbsternannten Reporter auf. So viel, dass die Feuerwehr schließlich alle hinter die Absperrungen verwies, weil einige rücksichtslos quer durch die Einsatzstelle trampelten.

Der Landesverband Hessen des DJV hat inzwischen gefordert, die Polizei solle an Einsatzstellen verstärkt die Presseausweise der dort agierenden Blaulichtfotografen kontrollieren. Den viele von ihnen weisen sich mit dubiosen Ausweisen aus, die sie über das Internet erworben haben. Der DJV fordert, es sollten nur noch Personen an Einsatzstellen geduldet werden, deren Presseausweis den Hinweis der Innenminister der Länder aufweist und damit quasi als „offizieller“ Presseausweis gilt. Die Aussteller dieser Ausweise garantieren zudem die journalistische Hauptberuflichkeit der Inhaber. Hessens Landesfeuerverband hat auf einem Brief des DJV nicht reagiert. Stattdessen kam Post aus dem hessischen Innenministerium. Das sieht kein Problem, wenn sich Mitglieder der Feuerwehren auch journalistisch betätigen, solange sie das nicht während ihres Einsatzes tun.

Da fast alle Blaulichterreporter einen Hauptjob haben, vertreiben sie ihre Fotos und Videos nur nebenberuflich. Da sie auf dieses Einkommen nicht angewiesen sind, können sie das zu niedrigeren Tarifen tun als hauptberuflich freie Fotografen, die von ihren Einkünften leben müssen. Doch denen nehmen sie zunehmend die Existenz – mit dem Segen des Innenministers.

Hans Dieter Erlenbach

Hildmanns Wächter

Wie Medien die Deutungshoheit über eine Enthüllung für sich beanspruchen – und auf wen sie tatsächlich zurückgeht

Frankfurter Neue Presse, Frankfurter Rundschau, HNA, Münchner Merkur, Gießener Allgemeine und weitere Lokalzeitungen hatten am Abend des 30. Juni eins gemeinsam: Auf ihren Internetseiten berichteten sie, dass nach Attila Hildmanns Hitler-Lob der Lebensmittelhändler Tegut dessen Produkte ausgelistet hat. Jede Meldung bezog sich allein auf die Fuldaer Zeitung – als Originalquelle war ich nicht genannt.

Aber beginnen wir von vorne. Attila Hildmann, ein Autor von veganen Kochbüchern und Unternehmer, war bis Anfang des Jahres fast ausschließlich in der (veganen) Bio-Szene bekannt. Doch seit Beginn der Covid-19-Pandemie tat er sich mit dem Verbreiten von Verschwörungstheorien hervor. Hildmanns Aussagen wurden zusehends kruder, führten schließlich zu antisemitischer Hetze und einem Lob für Adolf Hitler.

Hildmann hatte schon lange vegane Bio-Produkte im Handel, die namhafte Hersteller für den Unternehmer produzierten. Im Zuge seiner Verschwörungstheorien nahmen nach wenigen Wochen Kaufland, Vitalia und der Bio-Großhändler Dennree, der mit denn's zusätzlich eine Bio-Supermarktkette betreibt, Hildmanns Produkte aus dem Regal. Dieser rief seine Anhänger zum Gegenschlag mittels Shitstorm auf – auch gegen den in meiner Heimatstadt Fulda ansässigen Lebensmittelhändler Tegut, der allerdings Hildmanns Produkte zunächst weiterhin führte.

Mehrfach fragte ich dort nach dem Stand der Dinge und berichtete dreimal in meinem Öko-Onlinemagazin „über bio“. Zu meiner Überraschung tat sich Tegut schwer, Hildmanns Produkte auszulisten – obwohl es zuletzt nur noch um einen Schoko-Aufstrich ging. Man beobachte die Situation und Diskussion genau, hieß es immer wieder aus der Firmenzentrale. Folglich waren die Verantwortlichen bei Tegut über Hildmanns Aussagen und Aktionen stets im Bild. Überraschend: Menschen als Kinder-

schänder oder Satanisten zu diffamieren waren für den Lebensmittelhändler als freie Meinungsäußerung hinnehmbar.

Ich hakte weiter nach. Beispielsweise wollte ich wissen, ab welchem Punkt eine Zusammenarbeit mit Hildmann nicht mehr tragbar sei. Ab Mitte Juni hieß es dazu nur noch „kein Kommentar“. Über interne Vorgänge möchte man keine Auskunft geben und generell keine Fragen mehr zum Thema beantworten. Das hielt mich natürlich nicht ab, weitere zu stellen. Die Ausdauer hat sich gelohnt. Denn auf einmal ging alles schnell im Hause Tegut: Nach dem Hitler-Lob war innerhalb von wenigen Stunden beschlossen, Hildmanns Produkte offiziell auszulisten. Eine entsprechende Pressemitteilung gab es allerdings nicht und so erfuhr ich durch meine Recherchen als erster davon.

In meinem Onlinemagazin veröffentlichte ich am 30. Juni die Erstmeldung (<https://www.brehl-backt.de/tegut-hat-attila-hildmann-ausgelistet-hitler-lob-ging-zu-weit/>). Kurz danach verschickte

ich an die Lokalpresse und Fachmedien eine Pressemitteilung. Wenig später griffen im Lokalen Fuldainfo, Ostthessen-Zeitung und move36 die Meldung auf – teils übernahmen sie die Pressemitteilung 1 : 1 oder schrieben einen eigenen Artikel und nannten dabei die ursprüng-

Home Themenwelten ▾ Veranstaltungen ▾  Partypics move36-Magazin ▾ move@school 

“Hitler-Merkel-Vergleich”: Tegut serviert Attila Hildmann ab

Von Sascha-Pascal Schimmel | 30. Juni 2020



Der Lebensmittelhändler Tegut hat die Kooperation mit Attila Hildmann beendet. (Fotos: dpa und Tegut)

Aus für Attila Hildmann bei Tegut. Der Lebensmittelhändler hat die Zusammenarbeit mit dem Kochbuchautor wegen dessen fragwürdigen Aussagen über Hitler beendet. Das Unternehmen verkauft nun nur noch die Restbestände seines Schokoaufstrichs.

Eine Pressemitteilung des Öko-Onlinemagazins „Brehl backt!“

Der Lebensmittelhändler Tegut hat die Zusammenarbeit mit dem umstrittenen veganen Kochbuchautor und Unternehmer Attila Hildmann nach dessen Hitler-Lob beendet. Lediglich Restbestände seines Schoko-Aufstrichs werden noch abverkauft, neue Ware wird definitiv nicht geordert, wie das Öko-Onlinemagazin „Brehl backt!“ des freien Journalisten Jens Brehl exklusiv berichtet.

Schon seit Wochen ist Hildmann durch das Verbreiten von immer kruder werdender Verschwörungstheorien bezüglich Corona und einer angeblichen neuen Weltordnung auffällig. Kaufland, Vitalia und Dennree hatten daher bereits Anfang und Mitte Mai Hildmanns Produkte ausgelistet. Nach Hildmanns Aussagen bezüglich Adolf Hitler, der entgegen Angela Merkel ein Segen gewesen sei und mehr, war bei dem Lebensmittelhändler Tegut endgültig eine Grenze überschritten.

Noch vor kurzem wollte tegut keine weitere Fragen zum Thema Attila Hildmann beantworten und auch nicht erklären, ab welchem Punkt es nicht mehr Unternehmen erkennbar Auslistung

Vorbildlich: Die Kollegen von move36 haben den Text deutlich als Pressemitteilung gekennzeichnet und verlinken zusätzlich auf den ursprünglichen Artikel.

Screenshot: Jens Brehl

liche Quelle – move 36 verlinkte zusätzlich auf meine Erstmeldung. Auch das Fachmagazin BIOwelt reagierte noch am gleichen Abend.

Die Fuldaer Zeitung erwies sich als ebenso schnell und veröffentlichte online einen Artikel. Meine Pressemitteilung oder gar mein Name wurde allerdings nicht erwähnt. Um 18:35 Uhr wies die Fuldaer Zeitung via Twitter auf ihren Beitrag hin, und ich antwortete umgehend: „So ein Zufall: Nachdem ich heu-

te in meinem Magazin berichtet und der FZ am Nachmittag eine Pressemitteilung geschickt habe, berichtet Ihr wenige Stunden später auch darüber. Falls ich den Anstoß gegeben habe, wäre das Nennen der Quelle kollegial gewesen.“ Am nächsten Morgen ergänzte die Fuldaer Zeitung ihren Online-Artikel mit dem Satz: „Zuerst hatte der Fuldaer Journalist Jens Brehl auf seiner Internetseite über den Fall berichtet.“

Vom zuständigen Online-Redakteur wollte ich wissen, warum ich nicht als Quelle genannt wurde. In einem Telefonat druckste er ein wenig herum, man sei ja auch am Thema dran gewesen. Am nächsten Tag sollte der Beitrag in der gedruckten Ausgabe erscheinen – ob ich dort als Quelle genannt bin? Das war bisher nicht vorgesehen, aber der Redakteur wolle den Hinweis weitergeben. Tatsächlich wurde auch der Text in der gedruckten Ausgabe entsprechend ergänzt.

Noch am gleichen Abend, als die Fuldaer Zeitung online berichtete, hat das Blatt die Meldung im Ippen-Digital-Netzwerk geteilt. Somit landete sie auf den eingangs beschriebenen Onlineangeboten diverser Tageszeitungen, allerdings mit dem alleinigen Hinweis auf die Fuldaer Zeitung. Als ursprüngliche Quelle bin ich nicht genannt.

Jens Brehl

Hitler-Vergleich: Tegut beendet Zusammenarbeit mit Attila Hildmann

von Selina Eckstein

Tegut hat die Zusammenarbeit mit dem umstrittenen Kochbuch-Autor und Aktivisten Attila Hildmann beendet. Das hat ein Unternehmenssprecher gegenüber unserer Zeitung bestätigt. Ausschlaggebend dafür sind die jüngsten Äußerungen und Handlungen Hildmanns.

- Der Fuldaer Lebensmittelhändler Tegut hat die Zusammenarbeit mit Attila Hildmann beendet.
- Hildmanns Produkte wurden bereits ausgelistet, die Restbestände werden noch verkauft.
- Der Kochbuch-Autor und Verschwörungstheoretiker ist mittlerweile ein Fall für den Staatsschutz. Neuerdings ruft er zu einem „Blitzkrieg“ gegen Playmobil auf.

Fulda - „Herr Hildmann hat sich mit der Summe seiner Äußerungen und Handlungen der letzten Wochen als Partner für Tegut selbst disqualifiziert“, teilte der Lebensmittelhändler auf Nachfrage unserer Zeitung mit. Bei Tegut würden keine rechts- oder linksradikalen, rassistischen, diskriminierenden oder beleidigenden Äußerungen akzeptiert.

Hintergrund für das Ende der Zusammenarbeit dürfte unter anderem die Äußerung Hildmanns sein, dass Adolf Hitler im Vergleich zu Angela Merkel „ein Segen“ gewesen sei. User auf Twitter hatten entsprechende Screenshots aus einem öffentlich zugänglichen Telegram-Kanal Hildmanns gepostet. Auch der Spiegel berichtete über die Äußerungen. Zudem hatte Hildmann gesagt, jüdische Familien wollten die „deutsche Rasse auslöschen“.

Hildmanns veganer Schoko-Aufstrich wurde bei Tegut bereits ausgelistet wurde. Diesen hat - beziehungsweise hatte - Tegut im Sortiment. Im Zuge der Nachhaltigkeit würden die Restbestände in den Märkten aber noch abverkauft, heißt es von Seiten des Lebensmittelhändlers. Zuerst hatte der Fuldaer Journalist Jens Brehl auf seiner Internetseite über den Fall berichtet.

#ausGruenden

Seit einigen Tagen erreichen uns viele Hinweise im Zusammenhang mit Attila Hildmann. Unser Staatsschutz hat die Prüfung übernommen.

— Polizei Brandenburg (@PolizeiBB) June 19, 2020

Der umstrittene Kochbuch-Autor Attila Hildmann machte in den vergangenen Wochen immer wieder durch das Verbreiten von Verschwörungstheorien über das Coronavirus auf sich aufmerksam. Hildmann ist inzwischen sogar ein Fall für den Staatsschutz. Auch Journalisten des italisches Forums sind während einer Demonstration durch Hildmann angegangen worden. Regelmäßig postet er in seiner Telegram-Gruppe wilde Theorien und viel Werbung für Öko-Drinks. Nun gibt es einen neuen Plan. Hildmann kündigt die Gründung einer Partei an.

Neueste Wendung: Attila Hildmann hat auf seinem Telegram-Kanal zu einem „Blitzkrieg“ gegen ein Video von Playmobil aufgerufen. Das Unternehmen erklärt in dem Clip auf Youtube kindgerecht, was mit dem Coronavirus-Sars-CoV-2 auf sich hat und wie man sich dagegen schützen kann. Attila Hildmann hält das Video für Propaganda einer neuen Weltordnung, wie zchamburg.de berichtet.

Tegut hat sich nicht als einziges Handelsunternehmen deutlich von Hildmann distanziert. Auch bei anderen Lebensmittelhändlern, wie Kaufland, wurden die Produkte von Hildmann bereits aus den Regalen genommen.

Erst nach einem öffentlichen Hinweis nennt die Fuldaer Zeitung die Quelle für die ursprüngliche Information. Screenshot: Jens Brehl

Wenn der Selbstläufer erlahmt

Vom mühseligen Unterfangen, ein Buchprojekt per Crowdfunding zu finanzieren - Ein Erfahrungsbericht

Kurz nach dem Start meiner ersten Crowdfunding-Kampagne standen alle Zeichen auf Fehlschlag. Dabei hätte ich es eigentlich besser wissen müssen. In wenigen Wochen musste ich das Ruder vollkommen herumreißen – ein Erfahrungsbericht.

Schon seit Jahren fristete die Buchidee, Pioniere der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft zu porträtieren, ein trauriges Dasein in der berühmten Schublade. Schließ-

lich konnte ich zumindest im zweiten Anlauf den auf ökologische Themen spezialisierten oekom verlag aus München überzeugen. Allerdings benötigte ich 2.000 Euro, um meine Reisekosten zu decken. Schließlich würde mich die Recherche durch die halbe Bundesrepublik führen. Auch der Verlag brauchte einen kleinen Zuschuss, denn so ehrlich muss man sein: Bücher, mit mehreren Porträts als Inhalt, verkaufen sich nicht gerade wie geschnittenes Brot. Daher starteten Verlag und ich

ein Crowdfunding mit dem Ziel, in acht Wochen 2.800 Euro einzusammeln.

Bereits im Mai 2017 hatte der Verlag mit der oekom crowd (www.oekom-crowd.de) eine eigene Crowdfunding-Plattform ins Leben gerufen, um Buchprojekte wie meins finanzieren zu können. Die Jahre zuvor hatte ich bereits an eine eigene Kampagne auf Startnext (www.startnext.com) gedacht, um das Buch im Eigenverlag herauszubringen. Allerdings

hätte ich deutlich mehr Geld einsammeln müssen, da ich ja nicht nur die Dankeschöns einkaufen, sondern auch verschicken müsste. Ganz zu Schweigen von der Vorbereitungszeit und Kosten für Lektorat und Cover.

Die verlagseigene Plattform bot mir eine echte Luxus-Situation: Der Verlag sponserte die Dankeschöns im Form von Buchpaketen, kümmerte sich später um Rechnungsstellung sowie Versand und erstellte

nach von mir vorgegebenen Stichpunkten die Texte für die Kampagne. Zudem hatte die oekom crowd bereits eine Community aufgebaut, die sich für Bücher über ökologische Themen interessiert. Da passte mein Titel wie die berühmte Faust aufs Auge.

Rückblickend betrachtet war die Ausgangslage fast schon zu bequem.

Zu lange baute ich auf den Selbstläufer-Effekt, der sich allerdings partout nicht einstellen wollte. Via Facebook, Twitter, Newsletter und eigenem Öko-Onlinemagazin hatte ich zwar meine Leser*innen informiert, doch nach ersten Geldeingängen folgte schon nach kurzer Zeit der Stillstand. Namhafte Öko-Magazine machten auf ihren Facebook-Seiten auf das Crowdfunding aufmerksam und erreichten damit gemeinsam über 30.000 Abonnenten. Neben einigen Likes war der Effekt nahezu null. Facebook sollte bis zum Schluss keinerlei Relevanz für meine Kampagne haben.

Meine Unprofessionalität ärgerte mich, denn im Grunde hätte ich es besser wissen müssen. In der Vergangenheit hatte ich mehrfach Daniel Höly zu seinen damaligen Magazin „Shift“ und seinen drei Crowdfunding-Kampagnen interviewt. In den Gesprächen erwähnte er die Fehler, die ich wider besseren Wissens gemacht habe. Speziell seine Aussage „Niemand wartet auf mich, damit er mir sein Geld geben kann“ schwirrte mir immer wieder durch den Kopf.



Mit der Schrot & Korn warb eins der führenden Naturkostmagazine auf seiner Facebook-Seite mit über 22.000 Abonnenten für das Crowdfunding – leider ohne nennenswerten Effekt. Screenshot: Jens Brehl

In der täglichen Informationsflut geht so manche E-Mail unter. Dann gilt es den Mut aufzubringen, weitere E-Mails zu schicken oder oftmals noch besser, den

meinen Öko-Onlinemagazin kennen mindestens eins meiner Bücher. Zunächst musste ich mir klarmachen, dass ich nicht „bettele“. Schließlich erhalten

mehr bezahlen ohne ein weiteres Dankeschön erhalten zu wollen. In dieser Hinsicht war der Verlag zunächst skeptisch. Allerdings spülte die einfache Bezahlmöglichkeit etliche Hundert Euro zusätzlich in die virtuelle Kasse: 500 Euro war die höchste Überweisung.

Weniger netzaffine Unterstützer*innen wollten gerne mein Buch vorbestellen oder eines der verschiedenen Dankeschöns erhalten, ohne sich allerdings für den Bestellprozess auf der oekom crowd registrieren zu müssen. Mehrfach teilte man mir mit, dies als eine echte Hürde zu empfinden. In solchen Fällen sammelte ich die Vorbestellungen ein und leitete sie per E-Mail an den Verlag weiter. Die Mühe sollte sich auszahlen, denn am Ende hatten wir 2.893,50 Euro eingesammelt.

Bleibt die tiefe Erkenntnis: Ohne meine Stammleser und meinen bescheidenen Bekanntheitsgrad als freier Journalist und Buchautor wäre das Crowdfunding gescheitert. Zudem hatte ich mir viel früher und viel detaillierter Gedanken machen müssen, wen ich wann und vor allem wie anspreche.

Jens Brehl



Telefonhörer in die Hand zu nehmen. Persönliche E-Mails, Telefonate und Gespräche brachten den erhofften Schwung. Etliche der so gewonnenen Unterstützer*innen lesen seit Jahren

alle Dankeschöns und am Ende mit meinem Buch ein weiteres hochwertiges Produkt. Selbstsicherheit ist das Stichwort. Dennoch durchlief ich eine wahre Achterbahnfahrt der Emotionen

Deniz Yücel in der Warteschleife

Bettina Pfeffermann bleibt Vorsitzende des Ortsverbands Darmstadt



Mit gebührender Distanz: Ortsverbandsvorsitzende Bettina Pfeffermann (Dritte von links) ehrt Jeanette Spielmann, Marc Wilhelm und W. Christian Schmitt (von links). Foto: Hans Dieter Erlenbach

Bei der Hauptversammlung des DJV-Ortsverbandes Darmstadt wurde der bisherige Vorstand weitgehend im Amt bestätigt. Lediglich bei den Beisitzern gab es eine Veränderung.

Vorsitzende bleibt Bettina Pfeffermann, ihr Stellvertreter ist weiterhin Hans Dieter Erlenbach. Als Beisitzer fungieren Dr. Christina Knatz, Anette Krämer-Alig, Kerstin Pleyer und, neu in diesem Amt, Wolfram Marx. Er tritt die Nachfolge von Klaus-Thomas Heck an, der aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidierte. Veranstaltungen gab es dieses Jahr wegen der Pandemie nicht, die Planungen für die kommenden Monate

sind schwierig, weil ein Ende der Versammlungsbeschränkungen noch nicht absehbar ist. Gerne würde der Ortsverband zu einer Veranstaltung mit Deniz Yücel einladen, doch auch hier muss abgewartet werden, bis wieder Treffen in größerer Runde möglich sind. Auch Informationsveranstaltungen zur Presseversorgung und zur VG Wort und zur VG Bild sind vorgesehen.

Eine breite Diskussion nahm ein Problem ein, dass sich in Südhessen seit einigen Jahren stellt. Immer wieder finden sich junge Menschen zusammen, meist Mitglieder von Feuerwehren, die bei Unfällen und Bränden fotografieren

und ihr Material den Zeitungen sowie den Rundfunk- und Fernsehanstalten anbieten. Als Feuerwehrmitglieder und ausgestattet mit Funkmeldern haben sie einen erheblichen Informationsvorsprung vor freien Fotografen und Kameralenten, die darauf angewiesen sind, von Feuerwehr und Polizei informiert zu werden. Der DJV Darmstadt möchte im Kontakt mit dem Polizeipräsidium Südhessen erreichen, dass künftig die Polizei an Einsatzstellen die Presseausweise verstärkt kontrolliert und jene, die sich mit dubiosen Ausweisen aus dem Internet ausweisen, von den Einsatzstellen verweist. (siehe auch Artikel auf Seite 25/26)

Pfeffermann beklagte, dass sie aus Datenschutzgründen keinen Einblick in die Mitgliederlisten hat. Sie wisse nicht einmal, wer im Ortsverband Darmstadt Mitglied sei. Eine gedeihliche Verbandsarbeit sei so nicht möglich. Inzwischen gibt es hier jedoch eine Lösung. Die Geschäftsstelle wird der Vorsitzenden die Mitgliederliste aushändigen.

In der Versammlung wurden auch langjährige Mitglieder geehrt. Seit bereits 50 Jahren hält W. Christian Schmitt dem DJV die Treue. Seit 25 Jahren sind Jeanette Spielmann und Marc Wilhelm dabei.

Hans Dieter Erlenbach

Einen goldenen Herbst wünschen die „Blickpunkt“-Redaktion und der Landesvorstand des DJV Hessen.

